

EJOTS

european journal of transnational studies

Andreas Müller: Das Projekt einer soziologischen Beobachtung der EU-Außengrenze

David Furch: Finanzmarktorientierung und Shareholder Value? Das deutsche Wirtschaftsmodell im Umbruch

Norbert Marek: Die europäischen Grünen zwischen Konsolidierung und Divergenz

Rüdiger Keller: Live E-Learning in der Entwicklungszusammenarbeit - Wie Europa den Entwicklungsländern helfen kann

Ádám Lászlop: Energiekrise und Außenpolitik im Spiegel der Befürchtungen

Volume 1 - Issue 1 - Spring 2009

www.transnational-journal.eu

Budapest – Berlin

EJOTS

european journal of transnational studies

Herausgeber:

Jean Monnet e.V.

Budapest – Berlin

Volume 1 - Issue 1

Spring 2009

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	04
<i>Andreas Müller</i> : Das Projekt einer soziologischen Beobachtung der EU- Außengrenze	05
<i>David Furch</i> : Finanzmarktorientierung und Shareholder Value? Das deutsche Wirtschaftsmodell im Umbruch	29
<i>Norbert Marek</i> : Die europäischen Grünen zwischen Konsolidierung und Divergenz	46
<i>Rüdiger Keller</i> : Live E-Learning in der Entwicklungszusammenarbeit - Wie Europa den Entwicklungsländern helfen kann	78
<i>Ádám Lászlop</i> : Energiekrise und Außenpolitik im Spiegel der Befürchtungen.....	86

Vorwort

Das European Journal of Transnational Studies (EJOTS) ist eine interdisziplinäre Zeitschrift, die zu einem tieferen Verständnis transnationaler Prozesse sowie länderspezifischer Besonderheiten beitragen will. Durch die enge Verzahnung verschiedener Disziplinen wie den Wirtschafts- und Politikwissenschaften, der Soziologie oder den Rechts- und Kulturwissenschaften wollen wir unterschiedliche Aspekte aktueller Phänomene und Fragestellungen beleuchten und den Blickwinkel unserer Leser um tiefere Einsichten bereichern.

Einen besonderen Stellenwert in der thematischen Ausrichtung des European Journal of Transnational Studies nimmt der wissenschaftliche Austausch zwischen etablierten und neuen EU-Mitgliedsstaaten ein. EJOTS möchte dazu beitragen, dass der Prozess der europäischen Einigung kontinuierlich weitergeführt wird und setzt sich daher aktiv für die Intensivierung der europäischen Integration ein. Ziel ist die Förderung einer gemeinsamen europäischen Identität, die auf der pluralistischen Tradition Europas aufbaut.

Wissenschaftlich fundierte Artikel und enger Praxisbezug müssen sich dabei nicht gegenseitig ausschließen. Hierin sieht das European Journal of Transnational Studies seine zentrale Aufgabe: die Weitergabe von Fachwissen an gesellschaftliche Multiplikatoren. Dabei wollen wir Brücken bauen und zu einer substantiellen Vertiefung von bereits vorhandenem Wissen beitragen. Gleichzeitig wollen wir gesellschaftliche Diskurse - politischer, wirtschaftliche, sozialer oder kultureller Art - anregen und mitgestalten.

Das Projekt einer soziologischen Beobachtung der EU- Außengrenze

Andreas Müller

(Bremen International Graduate School of Social Sciences)

Während in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse der Soziologie an territorialen Grenzen bemerkt werden konnte, mangelt es nach wie vor an einer systematischen Untersuchung der EU-Außengrenze. Besonderer Aufmerksamkeit bedarf dieser Gegenstand, weil er zum einen die Grenze eines neuartigen politischen Gebildes darstellt und zum Anderen auf das Wissen um die begrenzte Wirkung von Grenzschießungen aufbaut. Eine Untersuchung zur Funktionsweise der externen EU-Grenzen muss somit zweistufig vorgehen: Sie muss einerseits die politischen Prozesse untersuchen, in denen die Institution der EU-Außengrenze hervorgeht. Andererseits muss sie die spezifische Operationsweise dieser Grenze und ihrer Rationalität untersuchen.

Einleitung

Die Entstehung der Europäischen Union markiert ein Novum in der Geschichte supranationaler Organisationen, das dem spezifischen Charakter der EU geschuldet ist: mehr zu sein als ein Staatenverbund, aber dennoch nicht die Qualitäten eines Bundesstaats zu erreichen. Diese neue Situation schlägt sich auch im Charakter der europäischen Außengrenze nieder. Das Besondere dieser Grenze wird bereits daran deutlich, dass sie gleichzeitig die Grenze eines qualitativ neuartigen politischen Gebildes und die von Nationalstaaten ist. Daraus folgt auch, dass sich die Interessenverflechtungen, die auf diese Grenze bezogen sind, von denen im nationalstaatlichen Fall unterscheiden. Somit erscheint auch die Frage nach den Mechanismen von Grenzziehung und Grenzsicherung in einem neuen Licht, ebenso wie die Frage nach den auf die Grenze bezogenen Interessen: Es muss davon ausgegangen werden, dass sich diese Dimensionen der Grenze substantiell von ihrem nationalstaatlichen Pendant unterscheiden. An dieser Stelle setzt das hier vorgestellte Forschungsprojekt ein: Es soll die Frage beantworten, was die spezifische Operationsweise der EU-Außengrenze ausmacht und wie sich die Funktionsweise dieser Grenze erklären lässt. Diese Frage soll im Rahmen des Forschungsprojekts beantwortet werden. Einerseits sollen die politischen Prozesse untersucht werden, die zur Etablierung der Institution Europäische Außengrenze führen, andererseits soll die Wirkung erfasst werden, die diese Institution auf Grenzüberschreitungen entwickelt. Insofern drängt sich die Frage auf, welche spezifischen Eigenschaften die Außengrenze der EU aufweist, wie sie sich darin von anderen Grenztypen unterscheidet, wie sich diese Eigenschaften erklären lassen und wie sie auf grenzüberschreitende Prozesse wirken.

Ein hervorragendes Fallbeispiel zur Untersuchung der aufgeworfenen Frage liefert die bulgarische EU-Außengrenze. Dieses Beispiel bietet sich an, weil sich dort die Spezifik „wandernder Grenzen“, wie sie für den Erweiterungsprozess

typisch sind, mit der Grenzpolitik vergleichen lässt, die als Alternative zum Beitritt im Rahmen der *Europäischen Nachbarschaftspolitik* (ENP) verfolgt wird. Zusätzlich kommt mit der Seegrenze zur Russischen Föderation eine Grenze ins Spiel, für die kein institutionelles Framing der EU existiert. Das Explanans besteht in den auf die bulgarische EU-Außengrenze bezogenen Interessen: Welche Interessenverflechtungen entstehen dadurch, dass gleichzeitig nationale wie europäische Interessen auf die bulgarische Grenze bezogen werden?

Zur Erklärung der bulgarischen und europäischen Grenzpolitik soll davon ausgegangen werden, dass die europäischen Staaten grundsätzlich ein Interesse am Erhalt bzw. an der Mehrung ihres Wohlstands sowie an politischer Stabilität haben und die Europäische Kommission an der Ausweitung ihrer Kompetenzen interessiert ist. In dem ersten Teil dieses Papiers soll ein kurzer Überblick über den Forschungsstand gegeben werden. Im zweiten Teil werde ich mich auf den Gegenstand des Projekts konzentrieren. Anschließend werden potenzielle Erklärungen vorgestellt, um abschließend die Umsetzung des Projekts zu skizzieren.

Forschungsstand – Zusammenfassung der Literatursichtung

Seit einigen Jahren findet in den Sozialwissenschaften eine Debatte über Funktionsverluste und -veränderungen staatlicher Grenzen statt (Bös 2000; Bös 2002; Diez 2006; Marcuse 2003), so dass mittlerweile erste Ansätze einer „Grenzsoziologie“ (Vobruba 2006) entwickelt werden. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen konnte mit Georg Simmel an eine lange Zeit verschüttete Grenztheorie angeknüpft werden (Simmel 1908). Daneben kann auch eine stärkere Hinwendung zur territorialen Dimension sozialer Phänomene verzeichnet werden, was auch zur Wiederentdeckung der Raumsoziologie Stein Rokkans führte, die neben dem Ansatz Simmels als Hintergrund einer Beschäftigung mit den Grenzen der EU dienen kann (Flora 2000; Löw 2001; Rokkan 2000; Schroer 2003).

Eine Typologie von grenzüberschreitenden Akteuren findet sich bei Horn et al., die danach fragen, wie sich Personen anhand ihres auf die Grenze bezogenen Handelns in spezifische Gruppen wie Siedler, Flüchtlinge oder Schmuggler unterteilen lassen (Horn et al. 2002). Als erklärende Variable werden Grenzen auch im Zuge der Beschäftigung mit Grenzregionen betrachtet. Hier wird insbesondere danach gefragt, durch welche besonderen Eigenschaften sich der soziale Raum in unmittelbarer Nähe von Staatsgrenzen auszeichnet (Bort 1999; Knippenberg/Markusse 1999; Schilling 1986). Im Zentrum steht somit die Frage nach der Strukturierung von Handlungen durch die Institution Grenze. Damit wird diese aber nur unter dem Aspekt erfasst, soziale Ordnung zu produzieren, nicht jedoch, selbst soziales Produkt zu sein. Diese Einschätzung trifft auch auf viele Arbeiten aus dem Bereich der Migrationsforschung zu (Geisen, et al. 2004). Eine Ausnahme stellen hier Gestrich und Krauss dar, die aus einer historischen Perspektive auch danach fragen, wie Migration zur Entstehung und Veränderung von Grenzen beigetragen hat (Gestrich/Krauss 1998). Weitere wichtige Beiträge zur Untersuchung von Grenzen entstammen der sozialhistorischen Untersuchung der Entstehung der Territorialstaaten (Karp 1972; Komlosy 1995; Komlosy 2003; Pacholkiv 2000).

Einen umfassenden Überblick über die englischsprachige soziologische Forschung zum Thema Grenze findet sich bei Lamont und Molnár sowie bei Wendl und Rösler (Lamont/Molnár 2002; Rösler/Wendl 1999). Dabei konzentriert sich ein relevanter Teil der Forschung auf den Zusammenhang von boundaries, den sozialen, nicht im Raum stabilisierten Grenzen, und borders, den territorialen Grenzen (paradigmatisch: Sahlins 1989). Daneben sind zwei weitere Forschungsschwerpunkte auszumachen: einerseits das Verhältnis von Grenze, Staat und Nation, andererseits die intensive Beschäftigung mit der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze und Grenzregion (Gupta/Ferguson 1992; Herzog 1996; Martínez 1996; Rodríguez 1997; Ross 1978). Zu erwähnen ist hier auch die politikwissenschaftliche

Beschäftigung mit Territorialgrenzen, die der Institution Grenze eine ambivalente Stellung zwischen Innen- und Außenpolitik einräumt, die als Grundlage der Typologisierung von Grenzen verwendet werden kann (Anderson 1996).

Die Außengrenzen der EU

Während der Gegenstand Grenze im Allgemeinen intensive Aufmerksamkeit seitens unterschiedlicher Disziplinen erfährt, existieren nur wenige Ansätze, die sich mit der Europäischen Außengrenze beschäftigen. Partiiell kann hier auf Untersuchungen aus dem Bereich der Migrationsforschung zurückgegriffen werden (Dietrich 2005; Transit Migration Forschungsgruppe 2007). Dort wird allerdings vom „dialektischen Charakter der Grenze“ (Eigmüller 2007: 44f.) nur der Aspekt erfasst, Produzent sozialer Ordnung zu sein, nicht aber, dass die Grenze selbst ein soziales Produkt, das heißt: aus Handlungen entstandene soziale Struktur ist. Explizites Thema ist die EU-Außengrenze dagegen bei Eigmüller. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht dabei die Frage, wie die Europäische Grenze funktioniert und welche Wirkung sie entfaltet. Dabei werden die Veränderungen der spanischen Südgrenze im Zuge der Europäisierung und die Auswirkungen dieses Prozesses auf den spanischen Arbeitsmarkt untersucht. Die Grenze wird somit als die erklärende Variable aufgefasst, während grenzüberschreitende Migration als unabhängige Variable betrachtet wird (Eigmüller 2007).

Erweiterungsprozess

Einer der frühen englischsprachigen Beiträge zur EU-Außengrenze konstatiert unter dem Eindruck des EU-Erweiterungsprozesses, dass die Spezifik der EU-Grenzen in der Tendenz zur Inklusion ihrer Nachbarn besteht (Smith 1996). In abgeschwächter Form findet sich diese Ansicht auch in jüngeren Arbeiten

wieder (Anderson/Bort 2000; Zielonka 2002a). Anhand der Besonderheit »wandernder Grenzen« wird ebenfalls versucht, das politische Gebilde EU zu charakterisieren (Zielonka 2002b: 13).

Die Tendenz zur Inklusion ihrer Anrainer stellte eines der zentralen Entwicklungsmuster der EU dar. Als Hintergrund dieses Musters kann eine Problembewältigungsstrategie betrachtet werden, die darauf angelegt ist, außenpolitische Probleme in geografischer Nähe in innenpolitische zu transformieren. Dabei wurden von den Anrainerstaaten im Tausch gegen eine spätere Mitgliedschaft eine partielle Sicherung der Außengrenze und die Gewährleistung politischer Stabilität gefordert (Vobruba 2005). Das Mittel der Wahl war die Erweiterung. Entsprechende Kalküle standen bereits der südlichen Erweiterungsrunde Pate, als nach dem Ende der südeuropäischen Militärdiktaturen deren Demokratisierung unterstützt werden sollte (Leggewie 1979). Folglich kann die Erweiterung der EU nicht als ein singuläres Ereignis, sondern muss als dynamischer Prozess begriffen werden (Croft, et al. 1999; Vobruba 2005). Daraus folgt auch die Betonung, dass es sich nicht um »natürliche Grenzen«, sondern um Konstruktionen handelt (Fassmann 2002; Flora 2000; Schultz 2004). Nichtsdestotrotz wird mittlerweile ein Abklingen der Erweiterungsdynamik konstatiert, was aber als Folge institutioneller Probleme bei der Integration weiterer Länder angesehen wird (Bach 2006; Beichelt 2004; Vobruba 2003).

Nach der Erweiterung

Mit der Abschwächung der Erweiterungsdynamik setzt sich das Muster der Expansion in der ENP in abgeschwächter Form fort. Allerdings hat sich das politische Tauschangebot zulasten der Peripherie verschlechtert, da es ohne eine Beitrittsperspektive auskommt. Es beschränkt sich auf Hilfe bei der Modernisierung sowie auf kalkulierte Grenzöffnung für bestimmte soziale Gruppen. Die Debatte über die ENP konzentriert sich dabei hauptsächlich auf

zwei Aspekte: Einmal wird das Tauschangebot auf seine Effektivität hin überprüft (Kelley 2006; Kempe 2007; Lippert 2007; O'Donnell/Whitman 2007). Der zweite Punkt, um den die Debatte kreist, thematisiert die unterschiedlichen Interpretationen der ENP. Dabei wird insbesondere darauf verwiesen, dass die EU die ENP-Länder lediglich als Partner wahrnimmt, diese sich jedoch nach wie vor als Beitrittskandidaten verstehen und die ENP dementsprechend als Vorstufe des Beitrittsprozesses deuten (Koopmann/Lequesne 2006; Kratochvíl 2006). Jacobsen und Machowski machen den darin angelegten Widerspruch der ENP deutlich: Diese ist zwar als Alternative zum Beitritt angelegt, je näher aber die ENP-Staaten den formulierten Zielen kommen, desto schwieriger wird es, ihnen den Beitritt zu verwehren (Jacobsen/Machowski 2007).

Neben der Beschäftigung mit der ENP wird in der politikwissenschaftlichen Diskussion auch danach gefragt, welchen Grad an Exklusion die Außengrenze der EU aufweisen sollte, bzw. inwiefern die Etablierung von Grenzzonen ein alternatives Grenzmodell für die EU darstellt (Zielonka 2002a). Dagegen vertritt Mau die These, dass aufgrund der zahlreichen Assoziations- und Kooperationsformen sowie der Tendenz zur europäischen Erweiterung eine eindeutige Abgrenzung der EU nicht möglich sei (Mau 2006). Ob diese grenzüberschreitenden Kooperationsformen gegen eine eindeutige Differenzierung zwischen Innen und Außen sprechen, oder ob sie nicht eher als Teil der europäischen Politik zur Sicherung der Außengrenze betrachtet werden müssen, ist allerdings eine empirisch offene Frage.

Beschreibung des Forschungsgegenstands

Bereits auf der institutionellen Ebene handelt es sich bei den Grenzen der EU um eine Besonderheit: Bei ihnen fallen die Grenzen von Nationalstaaten und die der EU, und damit eines neuartigen politischen Gebildes, das weder mit dem Begriff des Staatenverbunds noch mit dem des Bundesstaats adäquat beschrieben werden kann, zusammen. Zwar ist die EU aus Verträgen zwischen

Nationalstaaten hervorgegangen, dabei hat sie allerdings u.a. mit der Europäischen Kommission supranationale Organe der politischen Willensbildung hervorgebracht, die durch ein hohes Maß an Durchsetzungsfähigkeit auch gegenüber den sie begründenden nationalen Einheiten gekennzeichnet sind (Heidenreich 2006). Somit sind die politischen Prozesse, aus denen die Institution Europäische Außengrenze hervorgeht, auf der Ebene der EU angesiedelt, auf die die nationalstaatlichen Interessen nur mittelbar Einfluss nehmen können. Mit der Durchsetzung der „vier Freiheiten“ der EU, insbesondere der Personenfreizügigkeit, sind auch die nicht an der EU-Außengrenze gelegenen Mitgliedstaaten unmittelbar vom Grenzregime der EU betroffen.

Entsprechend geht mit der Umsetzung der europäischen Grenzpolitik die Übertragung relevanter Politikbereiche von der Souveränität der Mitglieder auf die EU einher: eine gemeinsame Zollpolitik, die Koordination der nationalen Migrationspolitik, die Verpflichtung zur Entwicklung einheitlicher Asylregelungen und einer Standardisierung der Visumpolitik. Den deutlichsten Einschnitt in die Ausübung nationaler Souveränität stellt dabei die aus dem Abkommen von Schengen folgende Verpflichtung zu einer einheitlichen Kontrolle der EU-Außengrenze dar. Es verpflichtet die einzelnen Mitgliedstaaten dazu, bei der Überwachung ihrer Außengrenze die Interessen der anderen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Dies markiert eine nicht zu unterschätzende Übertragung von Souveränitätsrechten auf die EU, war doch gerade die Kontrolle der Grenze eines der wichtigsten Elemente bei der Konstituierung der modernen Nationalstaaten (Anderson 1996; Komlosy 2003). Institutionelle Leitidee der EU-Außengrenze ist die Vorstellung eines „integrated border management“. Das Ziel integrierter Grenzkontrollen wird dabei auf zwei Ebenen verfolgt: Einmal sollen – wie bereits erwähnt – auf der Grundlage der Schengen-Abkommen, die Grenzpolitiken der einzelnen Mitgliedstaaten harmonisiert und koordiniert werden. Zum Zweiten sollen sämtliche Behörden, die mit der Kontrolle und Regulation

grenzüberschreitender Prozesse befasst sind, - also Zoll, Einwanderungs- und Finanzbehörden, Grenzschutzpolizei etc. - koordiniert werden, um dadurch zu einem engmaschigen System der Informationserhebung zu gelangen und somit einen hohen Grad an „risk assesment“ zu erreichen (Monar 2006). Somit stellt das Konzept „integrated border management“ einen Versuch dar, den „smart borders“-Ansatz auf supranationaler Ebene umzusetzen. Langfristig zielt dieser Ansatz darauf, ein Höchstmaß an Kontrolle und Sicherheit, also Abschottung gegenüber Gefahren, die als von „Außen“ kommend wahrgenommen werden, herzustellen. Dazu zählen nicht nur Terrorismus und gewöhnliche grenzüberschreitende Kriminalität, sondern auch Migration, die durch zahlreiche semantische Verknüpfungen als mit den ersten beiden Gefahren verbunden betrachtet wird (Pfau 2008).

Gleichzeitig sollen jedoch die dabei entstehenden Transaktionskosten möglichst gering gehalten werden. Daher soll der reibungslose Informationsaustausch zwischen den unterschiedlichen Behörden und den Mitgliedsstaaten dazu beitragen, bereits im Vorfeld des Grenzübertritts erwünschte von unerwünschten Grenzüberschreitungen zu unterscheiden, um so für erste eine maximale Durchlässigkeit der Grenze zu erreichen. Umgesetzt werden diese Vorstellungen durch zwei eigenständige Instrumente der EU-Grenzpolitik, die den vertraglichen Vereinbarungen in den letzten drei Jahren zur Seite gestellt wurden und für das spezifische Verhältnis von Exklusions- und Inklusionspolitik¹ an der EU-Außengrenze verantwortlich sind: Frontex und die Europäische Nachbarschaftspolitik.

Frontex

Nur wenig ist bis dato über die de facto als EU-Grenzschutzbehörde tätige Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen

¹ Exklusion soll hier als eine Politik verstanden werden, die primär auf Grenzschließung setzt. Inklusion bezeichnet dagegen eine Politik, welche die Nachbarn partiell an bestimmten politischen, ökonomischen und sozialen Errungenschaften beteiligt.

der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex) bekannt; die im Rahmen der Haushaltskontrolle des Parlaments von Frontex angefertigten Berichte enthalten keinerlei Angaben zu deren operativen Aufgaben (Holzberger 2006). Die Behörde nahm am 1. Mai 2005 in Warschau ihre Arbeit auf. Die Ziele der Kommission gehen allerdings noch darüber hinaus und umfassen die Aufstellung einer eigenständigen Grenzschutzpolizei der EU. Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex soll, soweit bekannt, Analysen zur Grenzsicherheit durchführen und die polizeilichen Grenzschutzeinheiten der EU-Mitgliedstaaten koordinieren. Dazu gehört auch die Standardisierung der Ausbildung von Grenzschutzbeamten (Holzberger 2006). Ebenso soll sie die Abschiebesysteme der Mitgliedstaaten koordinieren, sodass die dabei auftretenden „Schwierigkeiten“ durch einen wechselseitigen Austausch zwischen den einzelnen nationalen Grenzpolizeien behoben werden sollen. Legitimiert wird das Ganze mit Verweis auf die Imperative des Schengenvertrages, der wie bereits erwähnt die Koordinierung und Harmonisierung der nationalen Grenzpolitiken verlangt. Zwar stellt die Kommission fest, dass die aus dem Schengenvertrag resultierenden Regeln für die Grenzkontrollen mittlerweile in allen Mitgliedstaaten befolgt werden. Dennoch mokiert sie,

„that for optimal effectiveness, it is not sufficient that national authorities simply apply common rules, rather it is imperative that they apply those common rules in a harmonised way, thus ensuring at all external borders an equally high level of control and surveillance“ (Commission of the European Communities 2003: 4).

Damit zielt Frontex auf einen EU-weiten Standard der Grenzpolitik, ohne jedoch die Grenzsicherung vollständig in den EU-Hoheitsbereich zu überführen, die unmittelbare Überwachung und Sicherung der Grenzen bleibt vielmehr in der Hand der Nationalstaaten. Gleichzeitig ist Frontex jedoch auch dafür zuständig, dass die einzelnen EU-Mitglieder nicht durch den akuten

Andrang von Flüchtlingen überfordert werden. In diesem Fall stellt die Behörde dem anfordernden Staat Ausrüstung und Grenzschutzbeamte anderer EU-Mitglieder zur Verfügung. Die Koordination der so entstehenden multinationalen Grenzschutzeinheiten liegt wiederum bei der EU-Behörde (Holzberger 2006). Gleichzeitig behält sich die Kommission die Möglichkeit vor, die Kompetenzen der Behörde sukzessive zu erweitern. Die Etablierung von Frontex bedeutet somit eine Europäisierung der Grenzschutzbehörden im Rückgriff auf die bereits existierenden nationalen Strukturen.

Der Etablierung von Frontex sind diverse Projekte zur Europäisierung der Grenzpolitiken der Mitgliedstaaten vorausgegangen, am wichtigsten die Common Unit. Nach der Implementierung von Frontex bleiben die strategischen Aufgaben bei dieser Einheit, während die konkrete Umsetzung der Grenzpolitik an die neue Agentur delegiert wurde. Auf erste Einsätze kann Frontex mittlerweile bereits zurückblicken, beispielsweise koordinierte Frontex 2006 eine multinationale Grenzschutzpatrouille vor den Kanarischen Inseln, bestehend aus italienischen, spanischen, portugiesischen und finnischen Einheiten. Der Einsatz fand unter spanischer Leitung statt, während Frontex für die Koordination der verschiedenen Einheiten zuständig war (Holzberger 2006).

Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die *Europäische Nachbarschaftspolitik* (ENP) zielt nicht direkt auf die Grenze, wie beispielsweise Frontex, sondern stellt einen politischen Rahmen der EU dar, um die Beziehungen zu ihren unmittelbaren Nachbarn zu regeln (Smith 2005). Wenn die Durchlässigkeit einer Grenzen von dem Verhältnis zwischen den benachbarten Staaten abhängt (Simmel 1992: 692), bzw. von den sozialen Unterschieden zwischen, insbesondere dem Wohlstandsgefälle (Vobruba 1994), dann sind die politischen Rahmenbedingungen für die Beziehungen zwischen diesen Staaten von zentraler Bedeutung für die Funktionsweise der Grenze.

Insofern muss die ENP aber, auch wenn sie normativ über das Ziel des Exports demokratischer Werte begründet wird, im Kontext der europäischen Grenzsicherungspolitik verstanden werden. Entsprechend wird in dem zugrunde liegenden Strategiepapier der Anspruch

„der Vermeidung neuer Trennungslinien zwischen der erweiterten EU und ihren Nachbarn“ formuliert. Ziel der ENP „ist ein Ring aus Ländern, die die grundlegenden Werte und Ziele der EU teilen und in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004: 3ff.).

Nach dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens wurde auch den ursprünglich nicht im Zentrum der ENP stehenden kaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien eine zentrale Stellung in der Nachbarschaftspolitik eingeräumt, was sich auch in dem Strategiepapier *Schwarzmeersynergie* verdeutlicht (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2007). Analytisch lassen sich zwei Komponenten der ENP-Aktionspläne unterscheiden: solche, die auf Abschottung zielen, und solche, die die Anrainer sozial und/oder ökonomisch in den EU-Raum integrieren, also die Grenze durchlässig gestalten.

Exklusionspolitik im Rahmen der ENP

Im Zuge der ENP werden den Anrainerstaaten Inklusionsangebote unterbreitet, die vergleichbar mit denen des Beitrittsprozesses sind: Es soll die ökonomische und politische Modernisierung befördert werden, daneben sollen die entsprechenden Länder umfassend stabilisiert und u.a. effektive Umweltschutzmaßnahmen implementiert werden (Kelley 2006). Die Gemeinsamkeit dieser Unterstützungsangebote besteht darin, dass sie sich

gegen Probleme richten, gegenüber denen Grenzschießung weitgehend wirkungslos bleibt. Des Weiteren werden den Anrainerstaaten Reiseerleichterungen in die EU in Aussicht gestellt, wenn diese im Gegenzug ihre Grenzen gegenüber Dritten schließen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004: 18; Vobruba 2005: 11).

Ein zentraler Bestandteil der ENP ist dabei die Inkorporation der Anrainerstaaten in die Grenzsicherungspolitik der EU, wie es auch das System des *integrated border managements* erfordert. So wurden im Zuge des ENP-Aktionsplans für die Ukraine Verhandlungen über die Visa-Vergabe mit der Bereitschaft der Ukraine verkoppelt, mittels Rückführungsabkommen Abschiebungen zu erleichtern. Dieses System sieht ebenfalls vor, Zutrittsbarrieren vorzuverlagern, indem Transitmigration bereits an der Grenze zu den ENP-Staaten unterbunden werden soll (für den Fall Georgiens: Commission of the European Communities 2006: 19).

Auch zwischen der Ukraine und Moldawien wurden im Rahmen der ENP Grenzkontrolle und -verwaltung umfassend ausgebaut. Im Zuge dieser Ausweitung des Grenzregimes verabredeten beide Staaten u.a. ein System, mit dem bereits im Vorfeld eines Grenzübertritts Informationen über Reisende ausgetauscht werden sollen. Darüber hinaus wurden sogenannte „risk analysis units“ ins Leben gerufen, mit deren Hilfe die Grenzschutzeinheiten in die Lage versetzt werden sollen, durch gezielte Kontrolle unerwünschte Personengruppen bereits unmittelbar beim Grenzübertritt feststellen zu können (Commission of the European Communities 2008: 9, 13).

Mit der ENP wird die Grenzpolitik der EU somit um Elemente angereichert, die nicht nur auf Abschottung setzen, sondern die teilweise die Exklusionspolitik auf Dritte übertragen und gleichzeitig auf Problembewältigung und -vermeidung am Ort der Entstehung setzen. Damit wird aber auch die Fruchtbarkeit des Beispiel Bulgariens für die Untersuchung der europäischen Grenzpolitik verdeutlicht. Mit dem Schwarzen Meer besitzt Bulgarien eine gemeinsame Grenze mit Russland, Georgien und der Ukraine,

was den Vergleich zwischen einer Grenzpolitik der EU, die auf Inklusionsangebote setzt, und einer Grenzpolitik, die ohne ein vergleichbares politisches Tausch- und Inklusionsangebot auskommt, ermöglicht. Schlussendlich kommt an der bulgarisch-türkischen Grenze die Beitrittsperspektive zum Tragen. Somit können an der bulgarischen EU-Außengrenze unterschiedliche Institutionalisierungen der Grenze untersucht und verglichen werden.

Interessenverflechtungen im politischen System der EU – das Erklärungsmodell

Um Grenzziehungsprozesse zu erklären, darf man „[n]icht von der Grenze, der *frontière* selbst [...] ausgehen, sondern vom Staat“ (Febvre 1953: 32). Wenn man dieser Annahme folgt, ist im Falle der EU-Außengrenze also erst einmal danach zu fragen, was auf EU-Ebene das funktionale Äquivalent zum Staat darstellt. Insofern sind in diesem Fall die Institutionen der politischen Willensbildung in der EU von zentraler Bedeutung. Bei der Betrachtung der EU-Grenzpolitik stellt sich somit die Frage, welche Rolle die einzelnen Nationalstaaten und die Europäische Kommission bei deren Entstehung und Ausgestaltung spielen. Somit rücken die politischen Prozesse und Interessenverflechtungen zwischen Bulgarien, als dem Staat, dessen Grenze am Schwarzen Meer gleichzeitig Teil der EU-Außengrenze ist, den übrigen Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Erst im Rückgriff auf diese Prozesse kann die Entstehung der Schwarzmeersynergie und der Gestaltung der ENP-Aktionspläne für die Schwarzmeerregion verstanden werden. Es kann hierbei jedoch vermutet werden, dass die Interessenkonstellation ähnlich zu der der „Erweiterungsdynamik“ ist. Damit wird die Entwicklungstendenz der EU bezeichnet, mit jeder neuen Beitrittsrunde ein weiteres Bedürfnis nach fortschreitender Erweiterung zu generieren, da die Neumitglieder wiederum ein Interesse an der Stabilisierung und Inklusion ihrer nicht in der EU

gelegenen Nachbarn entwickeln (Vobruba 2005: 117ff.). Als relativ voraussetzungsarme Grundannahme soll von einem Eigeninteresse der jeweiligen Institutionen und Organisationen ein Interesse an ihrem Bestand ausgegangen werden, sowie den entsprechenden Funktionsträgern ein Interesse am Erhalt ihrer Positionen unterstellt werden. Gleichzeitig muss jedoch auch die Möglichkeit unterschiedlicher und zum Teil konträrer Interessen innerhalb der EU eingeräumt werden. Folglich ergibt sich die Notwendigkeit, die unterschiedlichen, auf die bulgarische EU-Außengrenze bezogenen Interessen zu rekonstruieren. Somit stellt sich die Frage, wie sich die geografische Lage Bulgariens an der EU-Außengrenze in ein bestimmtes politisches Interesse an der Grenze niederschlägt. Sollte sich daraus eine Verantwortung für die Sicherung der Grenze ableiten und somit eventuelle politische Kosten der Exklusionspolitik von Bulgarien zu tragen sein, ließe sich ein Interesse an weit reichender Inklusion der Anrainerstaaten zur Vermeidung eben dieser Kosten vermuten.

Lässt sich diese Hypothese erhärten, kann ebenfalls darauf geschlossen werden, dass bei den anderen Peripheriestaaten der EU aus denselben Gründen kein Interesse an einer weitreichenden Inklusion der Schwarzmeeranrainer vermutet werden kann. Vielmehr kann in diesem Fall von einem Interesse an der Inklusion ihrer jeweiligen Nachbarstaaten ausgegangen werden. Somit würde eine analoge Interessenkonstellation der Peripheriestaaten zu konträren Interessen innerhalb der EU führen.

Ebenso ist die Haltung der EU-Kommission einerseits zur Grenze und andererseits zu den auf die Grenzen bezogenen Interessen der Mitgliedstaaten zu untersuchen. Sodann soll gezeigt werden, wie sich diese unterschiedlichen politischen Kalküle in der ENP niederschlagen.

Analog ist die Entstehung von Frontex im Hinblick auf die Interdependenzen von nationalen und supranationalen Interessen zu untersuchen. Auch hier stellt sich die Frage, wie sich Kosten und Nutzen der Operationsweise dieser Behörde auf die Institutionen der politischen

Willensbildung der EU verteilen. Dabei kommt es vor allem darauf an, wie die einzelnen EU-Mitglieder durch die Errichtung einer EU-Grenzschutzbehörde in ihrem Eigeninteresse tangiert werden. Diese Interessenkonstellationen und die sich daraus ergebenden Interdependenzen bilden den Hintergrund für die Erklärung der EU-Grenzpolitik.

Im Rückgriff auf den Ansatz des Akteurszentrierten Institutionalismus (Mayntz/Scharpf 1995; Scharpf 2000) lassen sich bei Kenntnis der Interessen der jeweiligen Akteure die Interaktionsmuster und wechselseitigen Abhängigkeiten rekonstruieren und damit die Grenzpolitik der EU erklären. Gleichzeitig kann so auch das Problem der kleinen Fallzahlen, d.h. dass wir mit einer Vielzahl erklärender Variablen konfrontiert sind, aber nur drei Fälle – der Grenze zur Türkei, zu den ENP Staaten und zur Russischen Föderation – zur Verfügung haben, beheben.

Erheben lassen sich diese Interessen sowohl durch Interviews mit Vertretern der an den Entscheidungsprozessen beteiligten Akteuren, also der Vertretungen der Mitgliedstaaten in Brüssel sowie der relevanten Generaldirektionen der Kommission sowie über die Analyse der Protokolle von Ratssitzungen. Die Veränderung der EU-Grenzpolitik lässt sich dagegen über deren institutionelle Komponente, also die legalen Zugangsmöglichkeiten zum EU-Raum, sowie über die operationale Komponente, also das System von Grenzkontrollen, erfassen. Schwieriger dürfte dagegen die Wirkung der Grenzpolitik zu messen sein. Hier bietet es sich an, über die karitativen Einrichtungen, die Hilfe für Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis leisten, Veränderungen des Umfangs illegaler Migration zu erheben.

Indem die Wirkung der Grenzpolitik in die Analyse einbezogen wird, lässt sich ein Bogen zu den Ausgangsinteressen der politischen Akteure schlagen. Damit werden letztlich die tatsächlich bewirkten sozialen Effekte mit der Problemdefinition, die am Anfang der Analyse steht, konfrontiert. Somit werden die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts intendierte und nicht-intendierte Effekte der EU-Grenzpolitik aufzeigen und zu der übergeordneten

Diskussion, inwiefern Grenzschißung und andere polizeiliche bzw. sozialtechnologische Maßnahmen geeignet sind, mit grenzüberschreitenden Gefahren umzugehen.

Literaturverzeichnis

- Anderson, Malcolm 1996: *Frontiers: Territory and State Formation in the Modern World*, Cambridge: Polity Press.
- Anderson, Malcolm/Eberhard Bort 2000: *The Frontiers of the European Union*, New York: Palgrave.
- Bach, Maurizio 2006: *The Enlargement Crisis of the European Union: From Political Integration to Social Disintegration?*, in Maurizio Bach/Christian Lahusen/Georg Vobruba (Hrsg.): *Europe in Motion. Social Dynamics and Political Institutions in an Enlarging Europe*, Berlin: Sigma, S. 11-28.
- Beichelt, Timm 2004: *Die Europäische Union nach der Osterweiterung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bort, Eberhard 1999: *Grenzen und Grenzräume in Mitteleuropa*, in: *WeltTrends*, Heft 22/1999, S. 75-95.
- Bös, Mathias 2000: *Zur Kongruenz sozialer Grenzen - Das Spannungsfeld von Territorien, Bevölkerungen und Kulturen in Europa*, in Maurizio Bach (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 429-455.
- Bös, Mathias 2002: *Zu den Grenzen der Politischen Steuerung von Grenzen: nicht-intendierte Folgen von Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzgebung*, in Armin Nassehi/Markus Schroer (Hrsg.): *Der Begriff des Politischen*, S. 585-603.
- Commission of the European Communities 2003: *Proposal for a Council Regulation establishing a European Agency for the Management of Operational Co-operation at the External Borders*.

Commission of the European Communities 2006: Proposal for a Council Decision on the position to be adopted by the Communities and its Member States within the Cooperation Council established by the Partnership and Cooperation Agreement establishing a partnership between the European Communities and its Member States, of the one part, and Georgia, of the other part, with regard to the adoption of a Recommendation on the implementation of the EU-Georgia Action Plan.

Commission of the European Communities 2008: Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2007. Country Report Ukraine, SEC(2008) 402. Brüssel, 3.4.2008 Edition.

Croft, Stuart/John Redmond/G. Wyn Rees/Mark Webber 1999: The enlargement of Europe, Manchester: Manchester University Press.

Dietrich, Helmut 2005: Das Mittelmeer als neuer Raum der Abschreckung. Flüchtlinge und Migration an der südlichen EU-Außengrenze.

Diez, Thomas 2006: Weltgesellschaft kontra internationale Gesellschaft?, in Thorsten Bonacker/Christoph Weller (Hrsg.): Konflikte der Weltgesellschaft, Frankfurt/M.: Campus, S. 175-195.

Eigmüller, Monika 2007: Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Fassmann, Heinz 2002: Wo endet Europa?, in: Mitteilungen der Österreichischen geographischen Gesellschaft, Heft 2002, S. 27-36.

Febvre, Lucien 1953: Frontière - Wort und Bedeutung, in Lucien Febvre (Hrsg.): Das Gewissen des Historikers, Berlin: Wagenbach, S. 27-38.

Flora, Peter 2000: Externe Grenzbildung und interne Strukturierung - Europa und seine Nationen, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2/2000, S. 151-165.

Geisen, Thomas/Anthony Andrew Hickey/Allen Karcher 2004: Migration, Mobility, and Borders. Issues of Theory and Policy, Frankfurt/M.: IKO.

- Gestrich, Andreas/Marita Krauss 1998: Migration und Grenze, Stuttgart: Steiner.
- Gupta, Akhil/James Ferguson 1992: Beyond "Culture": Space, identity, and the politics of difference, in: Cultural Anthropology, Heft 1/1992, S. 6-23.
- Heidenreich, Martin 2006: The Decision-Making Capacity of European Union After the Fifth Enlargement, in Maurizio Bach/Christian Lahusen/Georg Vobruba (Hrsg.): Europe in Motion. Social Dynamics and Political Institutions in an Enlarging Europe, Berlin: Edition sigma, S. 29-58.
- Herzog, Lawrence A. 1996: Border commuter workers and transfrontier metropolitan structure along the U.S.-Mexico Border, in Oscar J. Martínez (Hrsg.): U.S.-Mexico Borderlands. Historical and Contemporary Perspectives, Wilmington: Scholarly Resources Inc, S. 176-189.
- Holzberger, Mark 2006: Europols kleine Schwester. Die Europäische Grenzschutzagentur "Frontex", in: Bürgerrechte & Polizei : CILIP, Heft 2/2006, S. 56-63.
- Horn, Eva/Stefan Kaufmann/Ulrich Bröckling (Hrsg.) 2002: Grenzverletzer. Von Schmugglern, Spionen und anderen subversiven Gestalten, Berlin: Kadmos.
- Jacobsen, Hanns- D./Heinrich Machowski 2007: Dimensionen einer neuen Ostpolitik der EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 10/2007, S. 31-38.
- Karp, Hans-Jürgen 1972: Grenzen in Ostmitteleuropa während des Mittelalters. Ein Beitrag zur Entstehung der Grenzlinie aus dem Grenzsaum, Köln; Wien: Böhlau.
- Kelley, Judith 2006: New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhoodpolicy, in: Journal of Common Market Studies, Heft 1/2006, S. 29-55.
- Kempe, Iris 2007: Zwischen Anspruch und Realität. Die Europäische Nachbarschaftspolitik, in: Osteuropa, Heft 2-3/2007, S. 57-68.

- Knippenberg, Hans/Jan Markusse (Hrsg.) 1999: Nationalising and Denationalising European Border Regions, 1800-2000. Views from Geography and History, Dordrecht: Kluwer.
- Komlosy, Andrea 1995: Räume und Grenzen, in: Zeitgeschichte, Heft 22/1995, S. 385-404.
- Komlosy, Andrea 2003: Grenze und ungleiche regionale Entwicklung. Binnenmarkt und Migration in der Habsburgermonarchie, Wien: Promedia.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004: Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2007: Die Schwarzmeersynergie - Eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit.
- Koopmann, Martin/Christian Lequesne 2006: Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der EU auf dem Prüfstand, Baden-Baden: Nomos.
- Kratochvíl, Petr 2006: The European Neighbourhood Policy: A Clash of Incompatible Interpretations, in Petr Kratochvíl (Hrsg.): The European Union and Its Neighbourhood: Policies, Problems and Priorities, Prague: Institute of International Relations, S. 12-27.
- Lamont, Michèle/Virág Molnár 2002: The Study of Boundaries in the Social Sciences, in: Annual Review of Sociology, Heft 2002, S. 167-195.
- Leggewie, Claus 1979: Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Süden, in: Leviathan, Heft 2/1979, S. 174-198.
- Lippert, Barbara 2007: Teilhabe statt Mitgliedschaft? Die EU und ihre Nachbarn im Osten, in: Osteuropa, Heft 2-3/2007, S. 69-94.
- Löw, Martina 2001: Raumsoziologie, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Marcuse, Peter 2003: Planners, September 11th and the New Borders of Globalization, in Thomas Karcher Allen Geisen (Hrsg.): Grenzen: Sozial - Politisch - Kulturell. Ambivalenzen in den Prozessen der Entstehung und Veränderungen von Grenzen: Frankfurt/M.: IKO, S. 257-264.
- Martínez, Oscar J. 1996: Border People: Life and Society in the U.S.-Mexico Borderlands, Tucson: University of Arizona Press.
- Mau, Steffen 2006: Die Politik der Grenze. Grenzziehung und politische Systembildung in der Europäischen Union, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 1/2006, S. 115-132.
- Mayntz, Renate/Fritz W. Scharpf 1995: Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung, Frankfurt/M., New York: Campus, S. 39-72.
- Monar, Jörg 2006: The Project of a European Border Guard: Origins, Models and Prospects in the Context of the EU's Integrated Border Management, in Marina Caparini/Otwin Marenin (Hrsg.): Borders and Security Governance. Managing Borders in a Globalised World, Zürich: Lit, S. 193-208.
- O'Donnell, Clara M./Richard G. Whitman 2007: Das Phantom-Zuckerbrot. Die Konstruktionsfehler der ENP, in: Osteuropa, Heft 2-3/2007, S. 95-104.
- Pacholkiv, Svatoslav 2000: Das Werden einer Grenze, in Waltraud Heindl/Edith Saurer (Hrsg.): Grenze und Staat. Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremdgesetzgebung in der österreichischen Monarchie (1750-1867), Wien: Böhlau, S. 519-618.
- Pfau, Jonas 2008: Prekäre Migration und Ausschluss: Die gesellschaftliche Perzeption von illegaler Migration, Fluchhilfe und Menschenschmuggel in und nach Mitteleuropa, in Monika Eigmüller/Andreas Müller (Hrsg.): Subversion am Rande. Grenzverletzungen im 20. und 21. Jahrhundert, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 23-41.

- Rodríguez, Néstor P. 1997: *The Social Construction of the U.S.-Mexico Border*, in Juan F. Perea (Hrsg.): *Immigrants Out! The New Nativism and the Anti-Immigrant Impulse in the United States*, New York; London: New York University Press, S. 223-243.
- Rokkan, Stein 2000: *Staat, Nation und Demokratie. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rösler, Michael/Tobias Wendl 1999: *Frontiers and Borderlands. The rise of an anthropological research genre*, in Michael Rösler (Hrsg.): *Frontiers and Borderlands. Anthropological Perspectives*, Frankfurt/M.: Lang, S. 1-27.
- Ross, Stanley R. 1978: *Views across the Border: The United States and Mexico: Albuquerque: University of New Mexico Press.*
- Sahlins, Peter 1989: *Boundaries: The Making of France and Spain in the Pyrenees*: Berkeley: University of California Press.
- Scharpf, Fritz W. 2000: *Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*, Opladen: Leske und Budrich.
- Schilling, Heinz 1986: *Leben an der Grenze. Recherchen in der Region Saarland/Lorraine*: Frankfurt/M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität.
- Schroer, Markus 2003: *Politik und Raum. Diesseits und jenseits des Nationalstaats*, in Armin Nassehi/Markus Schroer (Hrsg.): *Der Begriff des Politischen*, Baden-Baden: Nomos, S. 325-356.
- Schultz, Hans-Dietrich 2004: *Die Türkei: (k)ein Teil des geographischen iEuropas?*, in Claus Leggewie (Hrsg.): *Die Türkei und Europa. Die Positionen*: Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 39-53.
- Simmel, Georg 1908: *Soziologie. Bd. XI, Simmelgesamtausgabe*. Herausgegeben von Otto Rammstedt: Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Simmel, Georg 1992: *Soziologie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Smith, Karen E. 2005: The outsiders: the European neighbourhood policy, in: *International Affairs*, Heft 4/2005, S. 757-773.
- Smith, Michael 1996: The European Union and a Changing Europe: Establishing the Boundaries of Order, in: *Journal of Common Market Studies*, Heft 1/1996, S. 5-28.
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.) 2007: *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: Transcript.
- Vobruba, Georg 1994: The limits of borders, in Abram De Swaan (Hrsg.): *Social Policy beyond Borders. The social question in transnational perspective*, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 7-14.
- Vobruba, Georg 2003: The enlargement crisis of the European Union: limits of the dialectics of integration and expansion, in: *Journal of European Social Policy*, Heft 1/2003, S. 35-39.
- Vobruba, Georg 2005: *Die Dynamik Europas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vobruba, Georg 2006: Grenzsoziologie als Beobachtung zweiter Ordnung, in Monika Eig Müller/Georg Vobruba (Hrsg.): *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 217-225.
- Zielonka, Jan (Hrsg.) 2002a: *Europe unbound. Enlarging and reshaping the boundaries of the European Union*, London: Routledge.
- Zielonka, Jan 2002b: Introduction: Boundary making by the European Union, in Jan Zielonka (Hrsg.): *Europe unbound. Enlarging and reshaping the boundaries of the European Union*, London: Routledge, S. 1-16.

Finanzmarktorientierung und Shareholder Value? Das deutsche
Wirtschaftsmodell im Umbruch ⁺

David Furch

(Universität Hamburg / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Der Machtzuwachs institutioneller Investoren hat die Bedeutung kurzfristiger Rendite beachtlich gestärkt und setzt das auf langfristigen Kooperationsbeziehungen beruhende deutsche Wirtschaftsmodell unter großen Anpassungsdruck. So wurde die Deutschland AG größtenteils entflochten und es ist anzunehmen, dass dieser Prozess mittelfristig zu einer Erosion weiterer institutioneller Eckpfeiler wie dem Hausbankensystem, der betrieblichen Mitbestimmung oder dem Deckungsgrad der Tarifverträge führen wird. Der Erfolgsgarant der sozialen Marktwirtschaft - die Konsensfähigkeit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Akteure - scheint dabei auf der Strecke zu bleiben.

⁺ Eine ältere Version des Artikels ist im Journal 360° erschienen.

Deutsches Wirtschaftsmodell ade?

Das deutsche Wirtschaftsmodell genießt in der sozialwissenschaftlichen Forschung eine besondere Beachtung. Je nach Lesart wird es als rheinischer (Albert 1992), korporativer (Streeck 1999) oder koordinierter Kapitalismus (Hall/Soskice 2001) bezeichnet. Diese Annahmen haben gemeinsam, dass sie dem deutschen Modell besondere Institutionen und eine eigene Systemlogik zusprechen, die es grundlegend vom liberalen Wirtschaftssystem der USA unterscheiden. Aufstieg und Erfolg des deutschen Modells hängen eng mit der Kooperationsfähigkeit einflussreicher Verbände und strategisch handelnder Großbanken zusammen. Diese beförderten durch die Bildung von netzwerkartigen Strukturen institutionelle Rahmenbedingungen, die der deutschen Wirtschaft besondere Möglichkeiten in der Produktion und somit Vorteile auf dem Weltmarkt verschafften.

Charakterisieren lässt sich das deutsche Modell durch seine Orientierung an langfristiger Kooperation. Dies zeigt sich beispielsweise in den Finanzbeziehungen, in denen ein netzwerkartiges Geflecht zwischen Banken und Unternehmen in Form von gegenseitigen Kapital- und Personalbeteiligungen feindliche Übernahmen verhinderte. Beteiligungen wurden grundsätzlich als strategische Investitionen angesehen und demzufolge langfristig gehalten. Dieses sogenannte geduldige Kapital machte Unternehmen in ihrem operativen Geschäft unabhängiger von kurzfristigen Gewinnen und eröffnete die Möglichkeit, Strategien zu verfolgen, die anfänglich hohe Investitionen erforderten, sich aber auf lange Sicht auszahlten. Auch in anderen Bereichen des Wirtschaftssystems, wie in den industriellen Beziehungen bei langfristigen Arbeitsverträgen oder betrieblicher Mitbestimmung, in den Ausbildungssystemen oder bei der Einflussnahme von Verbänden, spielt langfristige Kooperation eine herausragende Rolle.

Spätestens seit den 1990er Jahren findet, bedingt durch die Internationalisierung der Finanzmärkte, ein Prozess statt, der kurzfristigen

Renditezielen eine höhere Bedeutung zuweist. Die Anlagemöglichkeiten von Banken sind stark erweitert worden, sodass diese ihr Kapital nicht mehr vornehmlich deutschen Unternehmen zur Verfügung stellen müssen, sondern global agieren können. Gleichzeitig steigen die Bedeutung und der Einfluss institutioneller Investoren wie Pensions-, Hedge- und Investitionsfonds, die bislang traditionell nur eine untergeordnete Rolle in Deutschland gespielt haben. Begriffen sich Banken vormals als strategisch handelnde Anteilseigner deutscher Unternehmen, sorgt der rapide Machtzuwachs institutioneller Investoren nun für eine stärkere Betonung kurzfristiger Renditeziele. Dieser Prozess setzt das auf Langfristigkeit basierende deutsche Modell unter gewaltigen Anpassungsdruck. Anzunehmen ist dabei, dass sich historisch gewachsene Strukturen der Koordination auflösen und liberaleren Arrangements weichen. Einzelne Facetten des deutschen Modells wie zum Beispiel das Hausbankensystem, die betriebliche Mitbestimmung oder der hohe Deckungsgrad der Tarifverträge könnten daher schon bald der Vergangenheit angehören.

Varieties of Capitalism

In den westlichen Staaten haben sich sehr unterschiedliche Wirtschaftsordnungen herausgebildet (Porter 1990; Crouch/Streeck 1997; Coates 2000). Peter A. Hall und David Soskice (2001) differenzieren im Wesentlichen zwischen zwei Typen von Wirtschaftsordnungen: den *liberal market economies* (LME) und den *coordinated market economies* (CME). Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist, dass Unternehmen im wirtschaftlichen Prozess zahlreichen Koordinationsproblemen gegenüberstehen, die sie lösen müssen, um erfolgreich zu sein. Im Laufe der Zeit haben sich daher in den unterschiedlichen Ländern jeweils spezifische Strukturen und Institutionen zur Bewältigung dieser Unsicherheiten herausgebildet, auf die Unternehmen zurückgreifen können (siehe auch: North 1990).

Während in LMEs wie den USA oder Großbritannien der Markt als Hauptgarant wirtschaftlicher Steuerung gesehen wird, bestehen in CMEs wie Deutschland und Schweden korporative Strukturen, die für einen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren sorgen und durch koordiniertes Handeln wirtschaftliche Koordinationsprobleme lösen. Charakteristisch für LMEs sind beispielsweise hochmobile Arbeitsmärkte, eine uneingeschränkte Kontrolle des Managements, eine Hire-and-fire-Mentalität, rigorose Anti-Kartell-Gesetze und ein großer Risikokapitalmarkt. Kennzeichnend für CMEs sind hingegen netzwerkartige Strukturen, die für einen regen Informationsaustausch zwischen Banken und Unternehmen sorgen. Aber auch für die Verbreitung neuer Technologien innerhalb einer Branche sind diese Beziehungsformen unabdingbar. Hochqualifizierte Arbeitskräfte und industrieweite Ausbildungssysteme, die Einbindung der Belegschaft in generell konsensorientierte Entscheidungen und ein langfristiger Zeithorizont in Produktionsprozessen wie Unternehmensstrategien komplettieren die Haupteigenschaften von CMEs. Das wirtschaftliche System in CMEs ist somit in ein dichtes Geflecht von Institutionen und Strukturen eingebettet (Granovetter 1985), die – so die Annahme – durch ihr komplementäres Zusammenspiel komparative Kostenvorteile entstehen lassen. Dementsprechend besitzen CMEs wie die Bundesrepublik Vorteile in der Produktion hochqualitativer Güter, denen langfristige Entwicklungsprozesse wie diversifizierte Qualitätsproduktion vorangehen, während sich LMEs besonders für bahnbrechende Innovationen und eine standardisierte Massenproduktion eignen (Hall/Soskice 2001: 8ff.).

Die Deutschland AG

Maßgeblich für Unternehmen im deutschen Wirtschaftsmodell ist also strategische Interaktion, die sich in der Betonung langfristiger Zeithorizonte und konsensorientierter Entscheidungen äußert. Das bankbasierte deutsche

Finanzierungssystem wird auch *Deutschland AG* genannt. Diese zeichnet sich durch eine enge Verflechtung von Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen aus, in deren Mittelpunkt sich die Deutsche Bank und die Allianz-Versicherung befanden. Da sich Investoren als strategische Partner verstanden und Beteiligungen langfristig gehalten wurden, konnten deutsche Unternehmen lange Zeit auf geduldiges Kapital zurückgreifen (Vitols 2001: 340ff.) Möglich war das auch, weil dem Kapitalmarkt in Deutschland traditionell nur eine untergeordnete Rolle zukam und sich daher die deutschen Banken, anders als zum Beispiel in den USA oder Großbritannien, zu Universalbanken entwickelt haben (Ziegler 2005: 281ff.). Das bedeutet, dass sie einerseits Kreditgeschäfte unternehmen, andererseits aber auch Investmentbanking betreiben. Als Kreditgeber waren sie langfristig an *ihre* Unternehmen gebunden und hatten kaum die Möglichkeit, Beteiligungen kurzfristig abzustoßen. Deshalb war ihnen daran gelegen, dass möglichst wenige Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, um ihre eigenen Einsätze nicht zu riskieren.

Zur Einschätzung des Investitionsrisikos erhielten Vertreter der Banken Posten in den Aufsichtsräten der Unternehmen. Auf diese Weise konnten sie auf Insider-Informationen zurückgreifen und Einfluss auf Unternehmensstrategien ausüben (Windolf/Beyer 1995: 16ff.). Aufgrund der Kreditversorgung mit geduldigem Kapital waren die Unternehmen vergleichsweise geringem Druck in ihrer Gewinnerzielung ausgesetzt und hatten die Möglichkeit, qualifiziertes Personal auch in wirtschaftlichen Schwächeperioden zu halten. Außerdem bot diese Form der Kapitalausstattung die Gelegenheit, in Projekte zu investieren, die erst langfristig profitabel sein würden.

Feindliche Übernahmen waren im deutschen System weitgehend unbekannt: Zum einen waren viele Unternehmen durch gegenseitige Beteiligungen verbunden und zum anderen fand kaum direkter Preiswettbewerb statt, da sich viele Unternehmen auf exportorientierte

Nischenmärkte spezialisiert hatten. Aufgrund der unterentwickelten Kapitalmärkte konzentrierten sich die Banken vorrangig auf das Kreditgeschäft und waren demzufolge an einer Beschränkung des Wettbewerbs interessiert, da sie auf diese Weise planbare Rückzahlungen der Kredite sicherstellen und das Risiko eines Kapitalausfalls minimieren konnten (Lütz 2005: 295ff.).

Unternehmensstrukturen und Produktionsstrategien

Auf ähnliche Weise sind auch andere Teilbereiche des deutschen Modells organisiert (Abelshauer 2003: 93ff.). So bestärken die internen Firmenstrukturen das netzwerkartige Gefüge des Finanzsystems. Manager verfügen nur über eingeschränkte Macht bei der Ausübung ihrer Tätigkeit und sind dabei an vielfältige Bedingungen gebunden. So spielt neben dem Betriebsrat der Aufsichtsrat eine zentrale Rolle, der unter anderem Vertreter der Belegschaft und einflussreicher Anteilseigner in sich vereint, da er bei strategischen Richtungsentscheidungen seine Zustimmung geben muss. Diese strukturelle Beschaffenheit fördert eine Kultur der konsensorientierten Entscheidungsfindung, die den Austausch von Informationen stärkt. Langfristige Arbeitsverhältnisse sowie die Einbindung der Arbeitnehmer durch die betriebliche Mitbestimmung sichern die Motivation der Belegschaft im täglichen Arbeitsprozess und ihre Bereitschaft, beim Informationsaustausch zu kooperieren. Da auch die Manager durch langfristige Arbeitsverträge an ihr Unternehmen gebunden werden, verfolgen sie als vorrangiges Ziel das *dauerhafte Überleben* des Unternehmens (Hoffmann 2005: 25).

Idealtypisch für deutsche Unternehmen können Produktstrategien angesehen werden, die auf hochqualifizierten Belegschaften, auf einem kontinuierlichen Austausch von Informationen und einer stetigen Weiterentwicklung der Produkte beruhen. Diese Strategien bergen allerdings zwei Risiken: Einerseits geraten Unternehmen im Produktionsprozess in eine starke Abhängigkeit von ihren Mitarbeitern, andererseits werden sie von dem

Risiko der Abwerbung der Belegschaft durch andere Unternehmen bedroht. Dies ist unter anderem ein Grund, warum im deutschen System der industriellen Beziehungen Löhne durch branchenweite Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt werden (Soskice 1999: 206).

Da Arbeitsverträge langfristig angelegt sind und damit die Abwerbung von Personal erschwert wird, können technologische Neuerungen kaum durch wanderndes Personal wie zum Beispiel in den USA verbreitet werden. In Deutschland übt daher das auf Kooperation und Informationsaustausch beruhende System der industriellen Beziehungen großen Einfluss auf den technologischen Wandel aus (Sorge 1999: 54ff.). Außerdem werden neue technologische Standards oft durch Forschungseinrichtungen entwickelt, die öffentlich geförderte Projekte auflegen und gleichzeitig auf unternehmensinternes Wissen der Verbände zurückgreifen können. Durch diese Vermischung von Forschung und Wirtschaft entsteht ein gemeinsames Branchenwissen, von dem alle teilnehmenden Akteure profitieren (Soskice 1999: 207).

Das Finanzgeschäft folgt seiner eigenen Logik

Durch die zunehmende Internationalisierung der Finanzmärkte und der damit einhergehenden stärkeren Betonung des Shareholder Value (Rappaport 1986) spätestens seit den 90er Jahren ist die deutsche Wirtschaftsordnung unter Anpassungsdruck geraten. Neben der vorrangigen Finanzierungsform der Unternehmen hat sich auch deren Strategie und Handlungslogik fundamental verändert. Nach Paul Windolf (2005: 52ff.) lässt sich die Logik der Finanzmärkte grundsätzlich von der der Realökonomie unterscheiden: In der Realökonomie werden mit langfristigem Zeithorizont Waren und Dienstleistungen produziert, welche die dauerhafte Überlebensfähigkeit des Unternehmens sicherstellen sollen. Das wirtschaftliche Risiko wird mittels

Produktdiversifizierung geringgehalten, also einer breite Palette von Erzeugnissen. Die Belegschaft wird in wichtige Entscheidungen einbezogen, damit an das Unternehmen gebunden und zu kooperativem Handeln bewogen. Die kreditgebende Bank ist aufgrund der fehlenden Exit-Möglichkeit langfristig an das Unternehmen gebunden und wird sich daher diesem gegenüber nicht opportunistisch verhalten.

Auf den Finanzmärkten hingegen verläuft die Wertschöpfung anhand eines kurzfristigen Zeithorizonts aufgrund von Arbitrage und Spekulation. Ziel ist die Maximierung der Rendite und nicht zwangsläufig die dauerhafte Überlebensfähigkeit des Unternehmens. Das wirtschaftliche Risiko wird nicht durch eine interne Produktdiversifizierung verringert, sondern durch externe Portfoliobildung, das heißt Streuung der Kapitalbeteiligungen. Eine langfristige Bindung zwischen Investor und Unternehmen besteht nicht, da sich dieser im Falle zu geringer Rendite auch kurzfristig aus dem Unternehmen zurückziehen kann.

Das Aufeinandertreffen dieser unterschiedlichen operativen Logiken illustriert Windolf (2007: 107) am Beispiel einer Bank: Eine Bank ist ein Unternehmen, das seine dauerhafte Überlebensfähigkeit am Markt sicherstellen will. Weil es auf die Motivation und das Vertrauen seiner Beschäftigten angewiesen ist, wird es versuchen, opportunistisches Verhalten gegenüber der Belegschaft zu vermeiden. Investitionen in das Bankgeschäft binden das Management und die Belegschaft langfristig, sodass keine Exit-Option besteht. Gleichzeitig ist die Bank ein Akteur auf den Finanzmärkten, der versucht, durch kurzfristige Spekulation Gewinne zu maximieren. Sie beteiligt sich als Investmentbank an feindlichen Unternehmensübernahmen und bedroht somit die Überlebensfähigkeit anderer Unternehmen. Als Investmentbank ist sie Eigentümer vieler Unternehmen und wird versuchen, durch opportunistisches Verhalten den Shareholder Value zu maximieren.

Der Markt dreht die Gesetze um

Die Internationalisierung der Finanzmärkte hat den Einfluss von institutionellen Investoren drastisch erhöht. Zwar besitzt kaum ein einzelner Fonds mehr als 5 bis 10 Prozent an einem Unternehmen, in ihrer Gesamtheit gelingt es ihnen jedoch oft, auf Hauptversammlungen einen maßgeblichen Einfluss auf das Management und auf unternehmerische Entscheidungen auszuüben. Zugleich konkurrieren die Investmentfonds untereinander um immer höhere Rendite. Diese Konkurrenzsituation reizen die Fondsmanager an die Unternehmen in Form von steigenden Renditeforderungen oder möglichst großen Dividendenausschüttungen weiter. Die Problematik lässt sich an einem Beispiel veranschaulichen: Als Eigentümer des DWS-Fonds ist die Deutsche Bank ein treibender Akteur im Konkurrenzkampf. Da sie sich aber als Aktiengesellschaft selbst zu 69 Prozent in Fondsbesitz befindet, wird sie ebenfalls von dieser Konkurrenz getrieben. So hat sich die Deutsche Bank zum Ziel gesetzt, den internationalen Maßstab einer Eigenkapitalrendite von 25 Prozent zu erreichen, um ihre Attraktivität am Aktienmarkt nicht einzubüßen und weiterhin für Anleger interessant zu bleiben. Zwar erreichte sie 2004 eine Eigenkapitalrendite von 16 Prozent. Um diese jedoch auch künftig gewährleisten zu können oder sogar noch zu steigern, werden im Rahmen eines Kostensenkungsprogramms 6000 Mitarbeiter entlassen (Windolf 2005: 24). Dass dies kein Einzelfall ist, zeigt Nokia: Ende 2007 kündigte das Unternehmen an, 3500 Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen und gleichzeitig ein neues Werk in Rumänien zu eröffnen. Zwar erwirtschaftete Nokia im Jahr 2007 einen Rekordgewinn, zu dem auch das profitable Werk in Bochum beitrug, aber durch die Produktionsverlagerung winkt eine noch höhere Eigenkapitalrendite. Bei der Übertragung der operativen Logik der Finanzmärkte auf die Unternehmen nimmt der Mechanismus der feindlichen Übernahme eine Schlüsselrolle ein. Fällt der Aktienkurs eines Unternehmens, gerät es in Gefahr, durch Investitionsfonds übernommen zu werden. Die potentiellen Investoren

offerieren den Eigentümern ein Angebot, das weit über dem Marktwert liegt, und spekulieren darauf, kurzfristige Gewinne zu erwirtschaften. Dies geschieht typischerweise, indem die neuen Eigentümer das Management austauschen und stille Reserven heben, also zum Beispiel Eigenkapital an die Aktionäre ausschütten, teure Zukunftsinvestitionen einsparen und Personal entlassen. Um einer solchen Übernahme zu entgehen, müssen die Manager zwangsläufig den Aktienkurs hochhalten und damit der operativen Logik der Finanzmärkte folgen (Windolf 2005: 46ff.). Neben der feindlichen Übernahme stellen Aktienoptionen einen weiteren Mechanismus dar, der die operative Logik der Aktienmärkte auf die Unternehmen überträgt. Wenn Manager durch die Steigerung des Aktienkurses ihres Unternehmens exorbitante Gehaltsteigerungen erwarten können, werden sie weniger das dauerhafte Überleben des Unternehmens, sondern die kurzfristige Steigerung der Rendite im Auge haben (Windolf 2005: 50ff.).

Die Übertragung der Logik der Finanzmärkte auf die Realökonomie kehrt einen wichtigen Bestandteil des deutschen Modells um: Während vormals Banken in Konkurrenz zueinander standen und dafür sorgten, dass Zinsen für Unternehmenskredite tendenziell sanken, bewirkt der auf die Unternehmen weitergegebene Renditedruck eine tendenzielle Erhöhung der Kapitalkosten. Neben einer Zunahme des globalen und branchenunabhängigen Konkurrenzdrucks werden langfristige Investitionen, Prozesse und Strategien durch die Zunahme der Kapitalmobilität erschwert (Windolf 2005: 24f.).

Die Banken wechseln vom Kredit- zum Investmentgeschäft

Das deutsche Wirtschaftsmodell befindet sich in einem Wandlungsprozess: Viele deutsche Unternehmen haben in den letzten Jahren ihre Strategien auf eine stärkere Betonung des Shareholder Value ausgerichtet und kurzfristige Renditeziele somit deutlich aufgewertet. Dieser Trend hat die Beschaffenheit des Finanzierungssystems und der Corporate Governance-Strukturen

grundlegend verändert (Streeck/Höpner 2003). Dabei sind Strategiewechsel grundsätzlich nicht ungewöhnlich, haben aber eine besondere Bedeutung, wenn es sich um Unternehmen wie die Deutsche Bank oder die Allianz-Versicherung handelt, die vormals das Zentrum der Deutschland AG gebildet haben (Beyer 2003a: 123ff.). Mit der Umorientierung auf das Investmentbanking wurden koordinierte Verflechtungen mit anderen Unternehmen für die Deutsche Bank nicht nur unwichtig, sondern sogar kontraproduktiv. Anders als im Kreditgeschäft, wo Banken das Geld der Sparer verwenden, um Beteiligungen im eigenen Namen zu erwerben, sehen sich Investitionsbanken als Vermittler von Aktienpaketen, deren Risiko vom privaten Anleger getragen wird. Daher haben Investmentbanken kein strategisches Interesse an einer Integration in ein Unternehmensnetzwerk. Im Gegenteil: Bei Unternehmensübernahmen führt eine zu große Nähe zum angeschlagenen Unternehmen zu einem Interessenkonflikt, der die Glaubwürdigkeit der Bank beeinträchtigt. Im Falle des ThyssenKrupp-Übernahmeversuchs unterstützte die Deutsche Bank das Übernahmeangebot, hatte jedoch gleichzeitig einen Bankenvorstand als Vertreter im Aufsichtsrat des zu übernehmenden Unternehmens. Im Akquisitionsgeschäft ist es jedoch wichtig, dass die beauftragte Investmentbank nicht durch andere Interessen beeinflusst wird. Folgerichtig kündigte die Deutsche Bank an, ihre Vertreter aus den Aufsichtsräten abzuziehen und sich ganz auf das Investmentgeschäft zu konzentrieren. Während sie 1980 ihre Vorstände noch in 40 der 100 größten deutschen Unternehmen entsandt hatte, waren es 2002 nur noch 5. Überdies kündigte die Deutsche Bank an, in Zukunft gar keine Aufsichtsratsmandate mehr übernehmen zu wollen (Beyer 2003b: 13f).

Die Deutschland AG wird entflochten

Neben den Personalverflechtungen wurden auch die Kapitalverflechtungen deutscher Unternehmen abgebaut. Da in der Finanzbranche eine Beteiligung

von mehr als 25 Prozent als Kontrollabsicht interpretiert wird, trennte sich die Deutsche Bank von vielen Industriebeteiligungen. So verkaufte sie zum Beispiel im Jahre 2002 einen Anteil von 4,3 Prozent an der Münchener Rück, 9,1 Prozent an MG-Technologies, 34 Prozent an Gerling und ihre gesamte Beteiligung an Continental. Aufgrund der Tatsache, dass die Veräußerungen zu Zeiten einer Börsenschwäche stattfanden und somit einen vergleichsmäßig geringen Verkaufswert einbrachten, kann dies als deutliches Signal für eine strategische Neuausrichtung gewertet werden (Beyer 2003b: 14).

Neben dieser beispielhaften Darstellung des Rückzugs der Deutschen Bank aus dem Zentrum der Deutschland AG, lassen sich ähnliche Veränderungen auch für das gesamte Netzwerk zeigen: Die Anzahl der bestehenden Kapitalverflechtungen, gemessen an den Verbindungen der größten deutschen Unternehmen, verringerte sich vom Jahre 1996 bis zum Jahre 2002 drastisch von 51 auf 39. Im Jahr 1996 befanden sich noch 16,8 Prozent der 100 größten Unternehmen im Besitz anderer Großunternehmen, während es 2002 nur noch 9,9 Prozent waren. Noch deutlicher wird dieser Trend bei den Personalverflechtungen: Die nach Daten der Monopolkommission berechnete Verflechtungsdichte nahm im Zeitraum von 1980 bis 2000 von 12,4 Prozent auf 5,4 Prozent ab (Klages 2006: 47f.). Allerdings wurde der eindrucksvolle Entflechtungsprozess der Deutschland AG nicht nur durch einen Strategiewechsel der großen Banken und Versicherungen ausgelöst, sondern auch durch politische Maßnahmen flankiert. Die Schröder-Regierung hatte sich zum Ziel gesetzt, den Finanzplatz Deutschland zu beleben. Im Dritten Finanzmarktförderungsgesetz von 1998 setzte sie daher die steuerfreie Veräußerung von Kapitalbeteiligungen bereits nach einem Jahr durch, anstatt wie bisher nach sechs Jahren (Beckmann 2007: 52f.). Diese Maßnahme bot deutschen Großunternehmen einen attraktiven Anreiz, Kapitalbeteiligungen abzubauen und beschleunigte den stattfindenden Umbau des deutschen Finanzsektors ungemein.

Der deutsche Kapitalismus geht – in eine liberalere Richtung

Das deutsche Wirtschaftsmodell, dessen historisch gewachsene Institutionen und Strukturen sich grundlegend von einer liberalen Kapitalismusspielart abgrenzen lassen, befindet sich in einer Umbruchphase. Im Zuge der Internationalisierung der Finanzmärkte haben institutionelle Investoren ihren Einfluss auf die Strategien deutscher Unternehmen weitreichend ausbauen können. Die gewonnene Macht nutzen sie, um kurzfristige Renditeziele durchzusetzen, und tragen auf diese Weise maßgeblich zu einer Veränderung des deutschen Modells bei. Kapital- und Personenverflechtungen wurden abgebaut und haben somit zu einer massiven Schwächung des auf Vertrauen und langfristiger Kooperation beruhenden Systems beigetragen.

Die Stärke des deutschen Modells, das komplementäre Zusammenspiel der unterschiedlichen wirtschaftlichen Bereiche, hat durch die Entflechtung der Deutschland AG einen empfindlichen Schlag erhalten. Aufgrund der Annahme von Komplementarität ist zu erwarten, dass sich der vom Finanzsektor ausgehende Wandel auch auf andere Teilbereiche auswirken wird. Das Hausbankensystem, das deutsche Unternehmen lange Zeit mit geduldigem Kapital versorgte, unterliegt starken Erosionstendenzen. Die damit einhergehende stärkere Bedeutung kurzfristiger Strategien zwingt Unternehmen dazu, dem aktuellen Aktienkurs eine höhere Bedeutung beizumessen. Die Fokussierung auf die Shareholder als einflussreichste Interessengruppe und die damit verbundene maximale Steigerung der Eigenkapitalrendite geht – zumindest teilweise – zu Lasten der übrigen Stakeholder. Kostensenkungsmaßnahmen, Standortverlagerungen, Umstrukturierungsprogramme oder Arbeitsplatzabbau sind die Folge. Waren vormals Schritte dieser Art nur bei Unternehmen zu beobachten, die in eine wirtschaftliche Schieflage geraten waren, zeigen aktuelle Beispiele wie Nokia, Henkel, Deutsche Bank oder Continental, dass selbst hochprofitable Unternehmen diesen Weg gehen, um die Rendite noch weiter zu maximieren.

Es hat eine Machtverschiebung in Richtung der institutionellen Anleger stattgefunden, die an den Grundfesten des deutschen Modells rüttelt. Dieser Wandel hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Konsensfähigkeit der wirtschaftlichen Akteure. Orientieren sich Unternehmen verstärkt an kurzfristiger Rendite, bleibt weniger Raum für kooperative Formen der Koordination, da diese sich grundsätzlich erst auf lange Frist auszahlen. Das branchenweite Aushandeln von Löhnen über Tarifverträge kann für schnelles Wachstum ein Hindernis darstellen, da Unternehmen beispielsweise nicht flexibel genug auf Veränderungen am Markt reagieren können. Eine unmittelbare Folge daraus ist, dass die Forderungen nach einer Aufweichung des Flächentarifvertrages lauter werden und diese bereits in der Praxis zu beobachten ist. Das wiederum könnte zu einer höheren Lohnspreizung innerhalb einer Branche führen und größere soziale Gegensätze schaffen. Zudem würde sich der einzelne Arbeitnehmer in diesem lohnkonkurrierenden System stärker auf sein individuelles Fortkommen fokussieren. Die daraus resultierende nachlassende Unternehmensbindung hätte wiederum negative Effekte, die den hochqualitativen Strategien vieler Unternehmen zuwiderlaufen würden. Letztendlich ist dennoch zu erwarten, dass die Entflechtung der Deutschland AG mittelfristig zu liberaleren Formen der Interessenkoordination in allen Teilbereichen des Wirtschaftssystems führen wird und die deutsche Kapitalismusvariante schon bald der Vergangenheit angehören könnte.

Literaturverzeichnis

- Abelshauser, Werner 2003: *Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung*, Berlin. Kulturverlag Kadmos.
- Albert, Michel 1992: *Kapitalismus kontra Kapitalismus*, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Beckmann, Martin 2007: *Das Finanzkapital in der Transformation der europäischen Ökonomie*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Beyer, Jürgen 2003a: *Deutschland AG a.D.: Deutsche Bank, Allianz und das Verflechtungszentrum des deutschen Kapitalismus*, in: Streeck, Wolfgang/Martin Höpner (Hrsg.): *Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG*, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 118-146.
- Beyer, Jürgen 2003b: *Unkoordinierte Modellpflege am koordinierten deutschen Modell*, in: Beyer, Jürgen (Hrsg.): *Vom Zukunfts- zum Auslaufmodell? Die Deutsche Wirtschaftsordnung im Wandel*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 7-35.
- Coates, David 2000: *Models of Capitalism. Growth and Stagnation in the Modern Era*, Cambridge: Polity Press.
- Crouch, Colin/Wolfgang Streeck (Hrsg.) 1997: *Political Economy of Modern Capitalism. Mapping Convergence and Diversity*, London: Sage Publications.
- Granovetter, Mark S. 1985: *Economic Action and Social Structure. The Problem of Embeddedness*, in: *American Journal of Sociology*, Bd. 91, Nr. 3, S. 481-510.
- Hall, Peter A./David Soskice 2001: *An Introduction to Varieties of Capitalism*. In: Hall, Peter A./David Soskice (Hrsg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford: Oxford University Press, S. 1-68.

- Hoffmann, Jürgen 2005: Kulturelle Voraussetzungen für die Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Kontinentaleuropa, Centre of International Studies Hamburg, CIS Paper Nr. 3/2005.
- Klages, Philipp 2006: Zwischen institutioneller Innovation und Reproduktion. Zum Wandel des deutschen Corporate Governance-Systems in den 1990ern, in: Berliner Journal für Soziologie, Bd. 16, Nr. 1, S. 37–54.
- Lütz, Susanne 2005: Von der Infrastruktur zum Markt? Der deutsche Finanzsektor zwischen Deregulierung und Reregulierung, in: Windolf, Paul (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45/2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 294–315.
- North, Douglass C. 1990: Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge: Cambridge University Press.
- Porter, Michael E. 1990: The Competitive Advantage of Nations, New York: The Free Press.
- Rappaport, Alfred 1986: Creating shareholder value. The new standard for business performance, New York: The Free Press.
- Sorge, Arndt 1999: Mitbestimmung, Arbeitsorganisation und Technikanwendung, in: Streeck, Wolfgang/Norbert Kluge (Hrsg.): Mitbestimmung in Deutschland. Tradition und Effizienz, Frankfurt/New York: Campus, S. 17-134.
- Soskice, David 1999: Globalisierung und institutionelle Divergenz: Die USA und Deutschland im Vergleich, in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 25, Nr. 2, S. 201–225.
- Streeck, Wolfgang 1999: Deutscher Kapitalismus: Gibt es ihn? Kann er überleben? In: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 13–40.

- Streeck, Wolfgang/Martin Höpner (Hrsg.) 2003: *Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG*, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Vitols, Sigurt 2001: *Varieties of Corporate Governance: Comparing Germany and the UK*. In: Hall, Peter A./David Soskice (Hrsg.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford: Oxford University Press, S. 337-360.
- Windolf, Paul/Jürgen Beyer 1995: *Kooperativer Kapitalismus. Unternehmensverflechtungen im internationalen Vergleich*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Bd. 47, Nr. 1, S.1–36.
- Windolf, Paul 2005: *Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?* In: Windolf, Paul (Hrsg.): *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 45/2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 20–57.
- Windolf, Paul 2007: *Kritik des liberalen Finanzmarkt-Kapitalismus*. In: Beck, Kurt/Hubertus Heil (Hrsg.): *Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Lesebuch zur Programmdebatte der SPD*, Berlin: Vorwärts Verlagsgesellschaft, S.106–111.
- Ziegler, Dieter 2005: *Das deutsche Modell bankorientierter Finanzsysteme (1848-1957)*, in: Windolf, Paul (Hrsg.): *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 45/2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 276–293.

Die europäischen Grünen zwischen Konsolidierung und Divergenz

Norbert Marek

(RWTH Aachen)

Die Entwicklung der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat eine relativ kurze Geschichte. Dies ist umso erstaunlicher, als der Prozess der strukturellen Konsolidierung im Vergleich zu bereits etablierten Parteien fortgeschritten ist. Die thematische Konsolidierung wiederum stellt sich etwas problematischer dar. Im vorliegenden Beitrag werden neben der strukturellen Konsolidierung die thematischen Bereiche skizziert, welche die divergenten Interessen innerhalb der EGP offenbaren. Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei auf den Prozess der europäischen Integration und die institutionelle Ausformulierung der EU, den Konstitutionalisierungsprozess eingeschlossen. Die im Verlauf der Diskussion entstandenen Linien zeigen nicht selten, dass manche Positionen deckungsgleich mit allgemein herrschenden nationalstaatlichen Positionierungen sind. Dies impliziert, dass die europäische Dimension (jeglicher) politischen Partei zwar in einer organisatorischen Form möglich ist, dass jedoch die politische und pragmatische Einheit auf europäischer Ebene schwer zu realisieren ist.

Einleitung

Die Entwicklung der Europäischen Grünen Partei ist in vielen Aspekten sehr überraschend. Innerhalb von knapp 25 Jahren gelang es den Grünen, sich von kleinen autonomen Gruppierungen in wenigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft zur gesamteuropäischen Partei zu entwickeln. In der Ausgangsphase verfügten sie weder über eine parlamentarische Basis, ausreichende finanzielle Ressourcen noch über eine supranationale institutionelle Verflechtung. Der einzige Aspekt, auf dem sie aufbauten, war allerdings nicht ohne Bedeutung. In der Zeit der immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen und des wachsenden ökologischen Bewusstseins war (und ist) das Thema Umwelt von supranationaler, ja globaler Bedeutung, die eine internationale Zusammenarbeit zwangsweise impliziert.

Die Kooperation der europäischen Parteien auf der europäischen Ebene gestaltete sich aber nicht ohne Schwierigkeiten. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen, innenpolitische Konstellationen, soziale Probleme, mit der die Grünen Parteien auf der Ebene des Nationalstaaten konfrontiert werden, sind nur einige Ursachen für divergierende Besonderheiten, die einen Kompromiss auf einer europäischen Ebene schwieriger machen. Nicht ohne Bedeutung bleibt die Tatsache, dass in geopolitischer Hinsicht die Europäische Grüne Partei (EGP) ein offenes Forum für die Parteien sowohl aus den EU- als auch aus Nicht-EU-Ländern ist, was zusätzlich die Erreichung der gemeinsamen Ziele komplizierter macht.

Die europäischen Parteien agieren nämlich in zwei sich zwar nicht ausschließenden, jedoch auch nicht notwendigerweise kompatiblen Interaktionsbereichen. Einerseits sind sie die Zusammenschlüsse der nationalstaatlichen Parteien mit vergleichbaren ideologischen Merkmalen; andererseits entwickeln sie aufgrund der Interaktion auf der supranationalen Ebene eine eigene politische Dynamik. Nicht selten befinden sich die Mitgliedsparteien in einem Loyalitätsdilemma zwischen einer nationalstaatlich

orientierten Politik und den europaweiten Integrationsanstrengungen, die nationalstaatliche politische Besonderheiten transzendieren. Der zusätzliche Interaktionsbereich wird von den Fraktionen im Europäischen Parlament erzeugt. Die Fraktionen des Parlaments sind strukturell gesehen kein integraler Teil der europäischen oder nationalstaatlichen Parteien, dennoch sind die Fraktionsmitglieder durch relativ starke personelle Verflechtungen in den nationalstaatlichen Kontext (zwangs-)integriert. Aufgrund der europäischen Sozialisierungseffekte ist davon auszugehen, dass die Fraktionsmitglieder angesichts der divergierenden nationalstaatlichen Interessen sich um Konsens im Sinne europäischer Lösungen bemühen, auch ohne den formell ja nicht vorhandenen Fraktionszwang.

Im vorliegenden Beitrag soll auf die Frage nach der Konsolidierung und möglichen Divergenzen innerhalb der Europäischen Grünen Partei eingegangen werden. Damit stehen im Zentrum unserer Aufmerksamkeit die Fragen nach der europäischen Integration und deren institutionellen Ausformulierung. Innerhalb der Europäischen Grünen Parteien sind zwei wichtige Konfliktlinien auszumachen, die zum Teil auf die Ebene der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament extrapoliert werden. Erstens gilt es, zu klären, wie die Positionierung der Grünen in Hinblick auf das Projekt der europäischen Integration – mit besonderer Berücksichtigung der Diskussion über die europäische Verfassung – zu definieren ist; zweitens, wie die institutionelle Form der Europäischen Union konfiguriert werden soll. Zudem werden in der Literatur weitere Konflikte innerhalb der Grünen Parteien auf dem europäischen Level identifiziert. Vor allem wird das Potenzial zur Divergenz im Verhältnis zu den nationalstaatlichen Parteien und hinsichtlich des Selbstverständnisses der Grünen im Kontext des Nationalstaates gesehen (Dietz 2002; 2006). Inwiefern diese weiteren thematischen Aspekte tatsächlich Konflikte bergen, wird im vorliegenden Beitrag nicht näher behandelt.

Erste Phase der organisatorischen Konsolidierung bis 1993

Die Grünen Gruppierungen begannen ihre internationale Zusammenarbeit in der Mitte der siebziger Jahre. Vor allem die deutschen, französischen und schweizerischen Umweltaktivisten und Gegner der Atomkraftwerke gehörten zu den Vorläufern der verstärkten Kooperation. Bereits 1976 wurde die Europäische Ökologische Aktion (ECOROPA) gegründet, in deren Rahmen sich westeuropäische umweltorientierte Parteien und Umweltschutzorganisationen zusammenschlossen. Nach den ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament (1979) wurde in Straßburg die ökologische Plattform (P.E.A.C.E.) von einigen ECOROPA-Mitgliedern gegründet. Die Gründung bezweckte eine intensivere Zusammenarbeit und den Informationsaustausch aller Grünen Parteien und Listen. Im Verlauf der nächsten Monate spielte sie jedoch keine relevante Rolle für die noch im Entstehen begriffenen Grünen Parteien. Erst im Jahr 1980 wurde eine „Koordination der Grünen und radikalen Parteien in Europa“ (KGRP) ins Leben gerufen und damit eine stärkere organisatorische Zusammenarbeit ihrer Vertreter geschaffen (Dietz 1997: 36-45). Es hat sich aber schnell herauskristallisiert, dass sich die Grünen von den radikalen Gruppierungen zu stark unterschieden, besonders im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit kommunistischen und alternativen Linksparteien, so dass es nach knapp zwei Jahren zur Auflösung der KGRP kam. Die Kooperation der europäischen Grünen Parteien wurde allerdings fortgesetzt, und im Vorfeld der nächsten europäischen Wahlen wurde Anfang 1983 von den Grünen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden die „Europäische Grüne Koordination“ (EGC) gegründet. Maßgeblich für die Entstehung der formellen Kooperation waren die thematischen, organisatorischen und nicht zuletzt auch die finanziellen Aspekte. Der thematische Schwerpunkt der Grünen - Friedenssicherung und Umweltschutz - implizierte per se die Notwendigkeit einer transnationalen Zusammenarbeit. Den nationalen Grünen Parteien verschaffte eine erfolgreiche

Kooperation auf internationaler Ebene eine zusätzliche Legitimität und betonte die internationale Relevanz der von ihnen propagierten Themen (Dietz 2006: 335). Darüber hinaus ermöglichte die Bildung der EGC eine finanzielle Sicherheit, da die in Straßburg vertretenen europäischen Parteien eine Wahlkampfkostenerstattung aus Mitteln des Europäischen Parlaments bekommen konnten, was für manche kleine Partei nicht selten ein finanzielles Überleben garantierte (Gehlen 2005: 294).

Die politische und strukturelle Stabilisierung trotz fortbestehender interner Konflikte („Links-Vorne-Konflikt“ und die Diskussion über eine basisdemokratische Orientierung) kennzeichnete weitere Kooperationsanstrengungen der Grünen Parteien. Im Rahmen der Initiative „International Peace – Beyond the Blocs“ wurde versucht, die Kontakte zu Grünen Gruppierungen in Mittel- und Osteuropa zu knüpfen. Der Beitritt der Grünen aus Finnland, Spanien und Portugal blieb auch nicht ohne Bedeutung für die Dynamik der EGC. Zusätzlich wurde im Juni 1989 die Koexistenz von zwei Grünen Fraktionen im Europäischen Parlament („Regenbogenfraktion“ und „Grüne Fraktion“) beendet. Der politische Umbruch von 1989 verstärkte die Kooperation der westeuropäischen mit den mittel- und osteuropäischen Grünen, besonders aus Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien (Gehlen 2005: 296; Jasmut 1995: 214ff.) und intensivierte innerhalb der europäischen Grünen die Diskussion über die weitere eigene Entwicklung in der sich ändernden europäischen Konstellation.

In den achtziger Jahren standen im Wesentlichen drei Optionen zur Verfügung, die eine intensivere Kooperation näher definierten (Dietz 1997: 62f.). Der ersten Option zufolge sollte die EGC ein Diskussionsforum ohne verbindlichen Charakter bilden. Die Parteien als Mitglieder der EGC wären demnach an den Beschlüssen nicht rechtlich gebunden und die Delegierten würden eine Rolle lediglich im Informations- und Kommunikationsaustausch spielen, ohne in einen Entscheidungsfindungsprozess wesentlich eingebunden zu sein. Die zweite Option sah die EGC als „mandated body“ vor, in dem das

Statut eine verbindliche Norm für die Mitgliedsparteien hätte und die EGC eine Art Oberorganisation für die nationalstaatlichen Parteien wäre. Schließlich wurde noch die dritte Möglichkeit diskutiert, die EGC als eine europäische Partei zu etablieren und ihr entsprechende Macht im Hinblick auf die Regeln für die Entscheidungsfindung- und -durchführung auf europäischer Ebene zu übertragen (Dietz 2006: 338f.). Der interne Diskurs über die Fortentwicklung der Grünen, die geopolitischen Änderungen als auch die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen mit dem Maastrichter Vertrag (Art. 138a EGV), der den parteipolitischen Zusammenschlüssen eine relevante Rolle im Prozess der europäischen Integration bescheinigte, führten zum nächsten Schritt der organisatorischen Konsolidierung.

Zweite Konsolidierungsphase: Europäische Föderation der Grünen Parteien

Am 19. Juni 1993 wurde die „Europäische Föderation der Grünen Parteien“ (EFGP) mit Sitz in Wien gegründet. Zu Gründungsmitgliedern gehörten sowohl die Parteien aus EU-Staaten als auch anderen europäischen Ländern wie Bulgarien, Estland, Finnland, Georgien, Malta, Norwegen, Österreich, Russland, Schweden, Schweiz, Slowenien, Ukraine und Ungarn. Es wurde bewusst auf die Gründung einer Föderation, die nur die Parteien aus den EU-Staaten umfasste, verzichtet (Jasmut 1995: 215). Die paneuropäische Ausrichtung sollte die Universalität der Grünen Leitlinien (Schutz und Erweiterung der Bürgerrechte, demokratische Mitbestimmung, Sicherung der Menschenrechte, Schutz der Minderheiten, Menschenrecht auf Asyl und Immigration) hervorheben (Jasmut 1995: 219) und laut der Präambel des Statuts sollte das Ziel eines europäischen Hauses auf Grundlage ökologischer, demokratischer, sozialer und pazifistischer Ziele verwirklicht werden (EFGP 1993). Absichtlich wurde auf einen exklusiven Zusammenschluss der Grünen innerhalb der EU verzichtet. Allerdings wurde im September 1993 im Rahmen

der EFGP ein „Standing Committee on European Union Affairs“ zusätzlich bestellt, welches abgesehen von einer Vorbereitung zur Europawahl 1994 keine wirkliche Wirkung entfaltet hat (Jansen 1997: 271).

Die EFGP umfasste alle Unterorganisationen und formalisierte die Wahl des Vorstands nach einem eingeschränkten Proportionalitätsprinzip und institutionalisierte den Kongress (Dietz 2006:339). Die Statuten räumten der EFGP gewisse supranationale Kompetenzen ein, besonders hinsichtlich der geregelten Meinungsbildung und Entscheidungsfindung (Jasmut 1995: 218), was überwiegend der zweiten Option im Diskurs über die mögliche Weiterentwicklung der Koordination entsprach.

Divergenzen innerhalb der EFGP

Obgleich die Gründung der EFGP einen wichtigen Schritt auf dem Weg der organisatorisch-strukturellen Konsolidierung der europäischen Grünen markierte, war die Föderation nicht frei von prägenden inhaltlichen Differenzierungen. Die internen Konfliktlinien verliefen nämlich nicht nur innerhalb der nationalstaatlichen Grünen Parteien. Als eine zusätzliche Belastung erwiesen sich die zwei verschiedenen Interaktionsebenen innerhalb der Grünen Zusammenschlüsse: 1) auf der europäischen Ebene und 2) auf der Fraktionsebene des Europäischen Parlaments.

Die Konfliktlinien innerhalb der Grünen Parteien konzentrieren sich im thematischen Verlauf auf zwei ungelöste Fragen: Erstens, ob eine europäische Integration unausweichlich ist (EG/EU- Unterstützer vs. Gegner) und zweitens (relevant für die Befürworter der Integrationsprozesse), wie die weitere Entwicklung der europäischen Integration aussehen sollte (föderalistische vs. konföderalistische Option) (Sterzing 2004: 208-213).

Noch Ende der 70er Jahre herrschte unter den Grünen Parteien eine breite Sympathie für das Projekt der europäischen Integration, die sich in erster Linie in der Stärkung der supranationalen Organe vollziehen sollte. Der Macht- und

Kompetenztransfer von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene sollte die Leistungsfähigkeit der Politik gewährleisten (Dietz 2006: 351). Kritisch wurde aber gesehen, dass die Europäische Gemeinschaft nicht genug demokratisch verfasst sei (Legitimitätsproblem) und dass die europäische Integration vor allem im ökonomischen Bereich vorangetrieben werde. In diesem Punkt waren sich alle europäischen Grünen einig. Trotz dieses über die Jahre anhaltenden Postulats nach der Demokratisierung der Organe der Europäischen Gemeinschaften/Union, entwickelte sich die Einstellung der europäischen Grünen zum Integrationsprojekt positiv, so dass, abgesehen von Ausnahmen, eine breite (kritische) Akzeptanz der europäischen Integration besteht (Gehlen 2005: 301; 320).

Die parteigeschichtlichen Entwicklungen zeigen einen Konflikt innerhalb der Grünen, einerseits Unterstützer vs. Gegner der europäischen Integration und andererseits die Frage nach mehr föderalistischen oder konföderalistischen Elementen der weiteren institutionellen Entwicklung der EU (Dietz 1997:146ff; Dietz 2006:132ff.). Im Hintergrund stellt sich die Frage, welche institutionellen Arrangements am besten der Realisierung der Grünen Politik dienen. Dabei wurde die Möglichkeit der institutionellen Aufhebung der europäischen Integration in Gestalt der vorhandenen Organe und Institutionen prinzipiell nicht ausgeschlossen. Die konföderalistisch orientierten Grünen verneinten die Möglichkeit der Durchsetzung der Grünen Politik im Rahmen der bestehenden Europäischen Union und plädierten gegen den weiteren Integrationsprozess. Als Alternative stellte sich die Option eines Austritts der Mitgliedstaaten aus der EU, was der Option „Rückkehr zum Nationalstaat“ gleichkommt und im Diskurs mit dem Argument des Souveränitätserhalts untermauert wurde, wie es die dänischen De Grönne bevorzugten. Besonders deutlich wurde dies im Verlauf der Diskussion über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

In den neunziger Jahren erlebte die Sicherheitspolitik eine gewisse Renaissance. Zum Teil ist diese Entwicklung bedingt durch den geostrategischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa, den militärischen

Zusammenbruch der Sowjetunion und durch aufkommende Pläne der GASP im Rahmen der Reform der EU und der geplanten Erweiterung der NATO. Die erste Option, für die ursprünglich die Mehrheit der nationalstaatlichen Grünen plädierte, bildete das Konzept einer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik im Rahmen der KSZE. Zu den Befürwortern gehörten grüne Parteien aus den Ländern mit der Tradition der politischen und sicherheitspolitischen Neutralität, nämlich Finnland, Schweden, Schweiz, Österreich und Irland. Die britische Green Party als auch irische Comhaontas Glas lehnten strikt das Konzept der GASP ab, argumentierend, dass die Europäische Union keine neue (militärische) Supermacht werden sollte (Dietz 2006: 352). Im Verlauf der Diskussion über die Reform des Maastrichter Vertrags wurde die gemeinsame Positionierung der EFGP im Hinblick auf die zweite Säule (GASP) durch ein klares Nein der britischen, irischen, schwedischen (und auch norwegischen) Grünen verworfen. Eine entgegengesetzte Position vertritt die belgische ECOLO, die bereits Anfang der 1990er Jahre als eine der wenigen Grünen Parteien die Notwendigkeit eines gemeinsamen Verteidigungssystem, das der demokratischen Kontrolle unterworfen werden sollte, formuliert hatte (Dietz 2006: 352f.). Allerdings distanzieren auch sie sich von dem Konzept der Verstärkung der KSZE, da ein solches gesamteuropäisches Sicherheitssystem demokratisch nicht mehr kontrollierbar wäre. Vielmehr sahen sie die Notwendigkeit zu Errichtung neuer Strukturen. Auf dieser Linie blieben auch die niederländischen De Groenen, die sich für eine gesamteuropäische konventionelle Friedensarmee ausgesprochen, eine Position, welche die spanischen Los Verdes zusammen mit ECOLO unterstützten, allerdings mit der Einschränkung, dass ein Souveränitätstransfer nicht angebracht wäre (ECOLO 2004; Dietz 2006 352f.).

Europa der Regionen

Die europäischen Grünen waren zunächst der Überzeugung, dass ein Souveränitätstransfer, der als unausweichlich erachtet wurde, dichotom erfolgen musste. Einerseits sollten die nationalstaatlichen Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen werden, andererseits wurde aber auch die Stärkung der regionalen Ebene für notwendig erachtet. Der Kompetenztransfer auf die regionale Ebene implizierte ein Leitbild des Europas der Regionen, das bereits 1979 von der Europäischen Ökologischen Aktion zur Sprache gebracht worden war (Gehlen 2005: 324). Das Europa der Regionen wurde in Opposition zu einem Europa der Nationalstaaten verstanden. Das theoretische Modell eines Europas der Regionen ist mit drei Annahmen ausgestattet: Der Ausgangspunkt für die Forcierung des Modells Europa der Regionen bildet die These, dass der Nationalstaat bereits seine historische Funktion erfüllt hat und nun eher ein desintegrativer Faktor im Integrationsprozess geworden ist. Eine zweite Annahme besagt, die kollektive Identität bilde sich stärker und dauerhafter um die Region, daher erscheine eine verstärkte Beteiligung der Regionen als auch eine Kompetenzübertragung auf diese im Sinne der Stärkung der regionalen Autonomie wünschenswert. Nach einer dritten Annahme ist es unausweichlich, dass der Nationalstaat immer mehr Kompetenzen an supranationale Instanzen abtritt und andererseits die Autonomie der regionalen Einheiten stärkt. Damit verliert der Nationalstaat immer mehr an Substanz und notwendiger Entscheidungsautonomie (Böttcher; Krawczynski 2000: 213). Das Konzept eines Europas der Regionen ist für die Grünen sehr stark mit der Diskussion über ein bürgernahes Europa, wie sie über die gesamten achtziger und neunziger Jahre geführt wurde, verflochten. Das Postulat der Regionalisierung wurde von der EGC im Vorfeld der europäischen Parlamentswahlen 1989 ausdrücklich betont. Die Stärkung der Regionen soll gleichzeitig mit der Auflösung der militärischen Allianzen und einer generellen Abrüstung auf dem europäischen Kontinent erfolgen. Vier

Jahre später wurde von der Nachfolgerorganisation EFGP ein Grundsatzprogramm verabschiedet, in dem die Grünen ihre Bereitschaft zur Transformation der Europäischen Gemeinschaft in eine demokratisch kontrollierte und für alle europäischen Staaten offene Föderation verkünden (EFGP 1993: I). Problematisch blieb, dass diese Forderung nicht näher präzisiert wurde.

Institutionelle (Re-)Form

Nicht spannungsfrei gestalteten sich die Auseinandersetzung bezüglich der institutionellen Reformen und die Verlagerung der Kompetenzen von den Nationalstaaten auf die intergouvernemental bzw. supranational agierenden Organen der Union. Erst in den neunziger Jahren begann eine intensivere Beschäftigung mit der institutionellen Ausformulierung der europäischen Konzepte zur Fortentwicklung des Integrationsprozesses. Auffällig ist es, dass die Grünen 1993 und wiederholt 1996 im Rahmen der Diskussion über die Reform des Maastrichter Vertrags die Europäische Union als Handlungsrahmen endgültig akzeptiert haben. Nicht ohne Bedeutung für den Sinneswandel waren die Etablierung der EFGP als auch die Beteiligung mancher europäischen Grünen an der Regierungsverantwortung auf regionaler und nationaler Ebene. Eine zusätzliche Dynamik entstand sicherlich auch durch die ideologische und organisatorische Loslösung der Grünen von Einflüssen der linksradikalen Gruppierungen (Dormann 1992) als auch durch die offensichtliche Unumkehrbarkeit der europäischen Integration in Folge der Erweiterungen der Union. Als problematisch stellt sich noch immer eine unlösbare Dichotomie zwischen den sowohl paneuropäisch und als auch im Rahmen der EU agierenden Grünen Parteien, was aber in pragmatischer Sicht nicht mehr als Bedrohung, sondern als Möglichkeit zur Etablierung der Grünen Politikpostulate auf dem gesamten europäischen Kontinent gesehen wird.

Wie bereits angedeutet, kehren immer wieder die drei entscheidenden

Aspekte auf die thematische Agenda zurück: das Demokratiedefizitproblem, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments und die der Europäischen Kommission.

Die Kritik am Demokratiedefizit wurde von den Grünen mehrmals wiederholt (Programm für die Europawahl 1999). Seit den 1970er Jahren bis jetzt wird von den Grünen die mangelhafte Umsetzung der demokratischen und legitimatorischen Prinzipien auf der EU-Ebene beklagt. Vor allem die EFDP forderte die Verstärkung der Rechte des Europäischen Parlaments: Das Parlament soll das Mitentscheidungs- und Kontrollrecht in allen Bereichen des *Acquis Communautaire* erlangen (EFDP 1999: Abs. 5). Im Sinne eines bürgernahen Europas plädierten die Grünen für die Einführung der europäischen Referenda (EFDP 1999: Abs. 5; Manifest 2004). Die Wahl des Europäischen Parlaments soll auf der Basis eines einheitlichen, auf proportionaler Repräsentation beruhenden Wahlsystems ohne jegliche Sperrklausel erfolgen. Die bisherige Regelung (Art 190 Abs. 4 EGV) sieht kein einheitliches EU-weites Wahlsystem für das Europäische Parlament in den Mitgliedstaaten vor, so dass z.B. in Großbritannien ein Mehrheitswahlrecht, in Frankreich ein repräsentatives Wahlrecht und in Irland „single transferable vote“ gilt (Nohlen 2004: 29-37). Das Postulat eines einheitlichen Wahlsystems ist insofern stichhaltig, da es im Zusammenhang mit der zu etablierenden europäischen Identität gesehen werden kann.

Die EFDP hat sich erstmals im Vorfeld der Regierungskonferenzen von Maastricht und Amsterdam mit der Problematik der Reform der Europäischen Gemeinschaften beschäftigt, obwohl es gerade im Hinblick auf die Maastrichter Regierungskonferenz zu keiner parteienübergreifenden Einigung aufgrund der zu starken Differenzen kam. Eindeutig für den Vertrag von Maastricht hatten sich die italienischen, niederländischen und portugiesischen Grünen ausgesprochen. Seit Mitte der neunziger Jahre stand die Akzeptanz der erreichten institutionellen Integrationsverflechtung im Vordergrund. Auf die Reformvorschläge versuchte man in pragmatischer Weise einzugehen. Unter

anderen wurde eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung im Europäischen Rat im Hinblick auf die *Acquis Communautaire* und die Mitsprache des Europäischen Parlaments gefordert. Dabei sollen im Rahmen des Postulats europäischer Solidarität die Interessen kleinerer Mitgliedstaaten stärkere Berücksichtigung finden und eine Verbesserung der rechtlichen EU Vorgaben (EU-Mindeststandards) durch lokale, regionale und nationale Gesetzesinitiativen ermöglichen (EFGP 1996; Gehlen 2005: 323). Eine definierte Gewaltenteilung innerhalb der Union, Gleichberechtigung zwischen Europäischem Parlament und Rat als auch die verstärkte parlamentarische Kontrolle der Kommission waren und sind die Hauptforderungen der europäischen Grünen (Gehlen 2005: 333f.). Die Organe der Europäischen Gemeinschaften sollen gemäß EFGP-Deklarationen über eine ausreichende demokratische Legitimität verfügen, und eine wirksame Kontrolle der supranationalen Herrschaftsausübung soll elementarer Bestandteil des europäischen Integrationssystems sein (EFGP 1993 und 2004). In dem Positionspapier zur Amsterdamer Regierungskonferenz forderte die EFGP die Stärkung der legislativen Befugnisse des Europäischen Parlaments. Die Gesetzgebungs- und Haushaltsrechte der Union sollen zwischen dem Europäischen Rat und Parlament gleich verteilt werden, und das Parlament soll ein entscheidendes Mitspracherecht auch in den intergouvernementalen Bereichen (GASP, PJZ) bekommen (EFGP 1996: Abs. 5.2). Das Postulat einer Stärkung der Legislativbefugnisse des Europäischen Parlaments und die Ausstattung der Europäischen Kommission als eine europäische Exekutive wird von föderalistisch orientierten Grünen Parteien, wie ECOLO (Belgien), Les Verts (Frankreich) und Federazione dei Verdi (Italien) unterstützt. Die konföderalistisch orientierten Grünen lehnen die Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments als auch die Möglichkeit zur Etablierung einer Exekutive auf der europäischen Ebene strikt ab. Die föderalistisch orientierten Grüne, vor allem ECOLO, Los Verdes, Politiki Oikologia unterstützen die Stärkung der Europäischen Kommission, die sie als eine europäische Exekutive

sehen und plädieren für die konsequente Einführung des Mehrheitsprinzips bei Abstimmungen im Europäischen Rat (Dietz 1997: 146-155). Die Mitglieder der Europäischen Kommission sollen vom Europäischen Parlament nominiert werden. Das Parlament soll ein Misstrauensvotum gegen einzelne Kommissare aussprechen dürfen.

Verhältnis Fraktion vs. Partei

Das Verhältnis zwischen EGP und der Fraktion der Grünen im EP wird formell durch den Art. 6 der EFGP Satzung so geregelt, dass die Europäischen Grünen von der Grünen-Fraktion parlamentarisch repräsentiert wird (s. Tabelle 1). Zum Teil geht diese Bestimmung auf die Tatsache zurück, dass im EP neben der Fraktion der Grünen auch die „Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken – Nordische Grüne und Linke“ sitzt. Auch diese Fraktion reklamiert das Label „grün“ für sich, ist ideologisch aber den sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen zuzuordnen. Die Satzung der EFGP sieht die Möglichkeit zur Errichtung einer strukturellen Zusammenarbeit innerhalb der EU vor, um zwecks Wahrung ihrer Interessen einen Einfluss auf die politische Agenda der Fraktion ausüben zu können. Praktisch bleiben aber die Einflussmöglichkeiten der EGP auf ihre Fraktion im EP sehr bescheiden. Die möglichen Ursachen sind aber nicht im politischen Willensbildungsprozess zu suchen, sondern in den entsprechenden Parteistrukturen, in den finanziellen Ressourcen und den nicht zur Verfügung stehenden Durchsetzungsmechanismen (Gehlen 2005: 318f.). Darüber hinaus soll nicht vergessen werden, dass einige der europäischen Grünen Parteien in ihrer Entstehungsgeschichte als Geschöpfe der Fraktionen des Europäischen Parlaments zu bezeichnen sind. Diese „Elternschaft“ gewährte den Fraktionen und nicht umgekehrt einen starken Einfluss, welcher bis heute spürbar ist (Jansen 2002: 404).

Konfliktlinien innerhalb der Fraktion

In der geschichtlichen Entwicklung der Grünen Fraktion sind über die 80er und 90er Jahre drei grundlegende Konfliktfelder sichtbar, nämlich hinsichtlich der Implementierung der eigenen Politik im parlamentarischen System, des Integrationskonzepts und der ideologischen Positionierung (Neßler 1997: 162-174).

Der Konflikt um die Implementierung der Politik durch Grüne betraf vor allem das demokratische und systembedingte Selbstverständnis der Grünen im parlamentarischen System. Im Vordergrund der Auseinandersetzung zwischen „Fundis“ und „Realos“ stand die Frage, wie die Grünen ihre Rolle als „Anti-Parteien-Partei“ in einem parlamentarischen System wahrnehmen sollten (Doherty 1992: 95-120). Der Realo-Flügel argumentierte, dass bereits die Anwesenheit der Grünen im Parlament die bessere Durchsetzung der eigenen Politik erlaube. Die zur Verfügung stehenden parlamentarischen und finanziellen Ressourcen als auch die Medienaufmerksamkeit wären eine gute Ausgangssituation für die Implementierung der Grünen Politikinhalte. Der „Fundis“-Flügel sah aber gerade im diesen Punkt die Gefahr der Anpassung an das bestehende politische System und die Vernachlässigung der außerparlamentarischen Opposition (Raschke 1993: 33-58). Seit 1979 bekam dieses Problem eine EG-weite Dimension, mit dem in den siebziger Jahren bereits andere westeuropäische Grüne konfrontiert waren (Doherty 1992: 104ff.). In Belgien die flämischen AGALEV-, wallonischen ECOLO- und niederländischen Grünen-Abgeordneten sind mit dem Problem pragmatischer umgegangen und hatten von Anfang an ihre parlamentarische Zugehörigkeit als Mitwirkungsmöglichkeit zwecks Umsetzung einer grünen Politik genutzt. Die permanente Auseinandersetzung zwischen Mitwirkung und Enthaltung von der Arbeit im parlamentarischen System spiegelte sich in den ersten zwei Parlamentsperioden (1979-1989) in der vergleichsweise geringen Anzahl von GRAEL-Anträgen wieder. Die mangelhafte Kooperation sowohl innerhalb der

Gruppe als auch mit anderen Fraktionen als auch fehlende Abstimmungsvereinbarungen im Plenum sind ein Charakteristikum der Grünen parlamentarischen Unerfahrenheit (Dietz 1997: 243). Die Situation änderte sich mit dem Prozess der weiteren Konsolidierung der europäischen Grünen in den 1990er Jahren, so dass bereits am Ende der 1990er Jahre der Heterogenitätsindex der Grünen im Europäischen Parlament bei etwa 0,22 lag, was einen relativ guten Wert an Einstimmigkeit bedeutete. In der ersten Phase der Konsolidierung im Rahmen von GRAEL lag dieser Index bei 0,49. Eine erhebliche Reduktion an Diskrepanz wird hier sichtbar. Darüber hinaus ist auch eine höhere Identifizierung mit der Fraktion festzustellen. In der Phase von GRAEL betrug der Anteil der Anträge von Fraktionsmitgliedern im Namen der Fraktion knapp 48,6%, in den 90er Jahren aber 72% (Dietz 1997: 229).

Im Hinblick auf die Definierung des Integrationsprozesses sind erhebliche Differenzen innerhalb der Fraktion zu beobachten gewesen. In der Analyse der zweiten und dritten Wahlperiode (1984-1994) standen sich drei unterschiedliche Grundsatzpositionen gegenüber. Die erste Gruppe der Fraktionsmitglieder lehnte prinzipiell eine neue Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft mit der Begründung ab, die EG könnte so eine neue atomare Supermacht werden. Stattdessen forderten sie eine rasche Auflösung der Gemeinschaft. Die Befürworter der Fortentwicklung der europäischen Integration argumentierten dagegen: Sie sehen im europäischen Projekt die Einbindung der Nationalstaaten in eine supranationale Kooperationsform und damit eine große Chance zur Sicherung des Friedens. Die dritte Gruppe begriff die Integration als einen unumkehrbaren Prozess, der demokratisch gestaltet werden müsse. Sie plädierten für eine Stärkung der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament und forderten eine gewisse Dezentralisierung („Europa der Regionen) besonders im Hinblick auf die Kompetenzen (Dietz 1997: 244-246).

Die widersprüchlichen Vorstellungen über eine Entwicklung der Integration zwangen die Grünen gerade in der Zeit der Diskussion über den Acquis

Communautaire zu einer weitgehenden politischen Abwesenheit im Europäischen Parlament. Das Problem wiederholte sich Anfang der 1990er Jahre im Rahmen der Vorbereitung zum Maastrichter Vertrag. Mit dem Zugang der Les Verts (Frankreich), der Federazione dei Verdi (Italien) und auch der belgischen ECOLO wurde die föderalistischen Einstellung verstärkt und die prinzipielle Abneigung der Grünen zur europäischen Integration ausgebremst (Dietz 2006: 353). Die deutschen Grünen unterstützen zwar die europäische Integration, gehörten aber nicht zur föderalistischen Strömung. Vielmehr wurde kritisch die Konzeption eines europäischen Staatenbundes moniert, in dem intergouvernementale Formen den institutionellen Vorrang genießen sollten (Jasmut 1995: 77f.). Der Zugang der österreichischen, finnischen und schwedischen Grünen führte zu weiteren Spannungen und allgemein zur Vernachlässigung der föderalistischen Postulate im Hinblick auf den weiteren Aufbau der institutionellen Ordnung der Gemeinschaft. Eine besondere Präsenz dieser Einstellung wird im Prozess der Konstitutionalisierung sichtbar.

Der dritte Faktor, der eine gewisse Konfliktlinie darstellen kann, betrifft das Selbstverständnis der Fraktionsmitglieder im Spannungsverhältnis zwischen der europäischen und der nationalstaatlichen Loyalität (Nessler 1997: 180ff.). Dies kann hier lediglich nur kurz als ein mögliches Problem angesprochen werden, da dafür bis jetzt keine relevanten Daten zur Verfügung stehen. Den Fraktionen im Europäischen Parlament steht eine Schlüsselrolle zu, da sie ein Vorschlagsrecht bei der Wahl der Repräsentanten (Präsidenten, Vizepräsidenten, Quästoren) und Mitglieder der Ausschüsse haben. Letzere bestimmen die thematischen Arbeitsagenda des Europäischen Parlaments und zum Teil auch der Kommission (Deinzer 1999: 47ff.). Damit steht den einzelnen EU-Parlamentariern die Möglichkeit der politischen Profilierung offen. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die EP-Abgeordneten vor allem ihre eigene politische Karriere verfolgen und inwieweit sie an mehr ideologisch geleiteten oder mehr pragmatischen Lösungen interessiert sind (Dietz 2002). Im Weiteren wäre hilfreich zu erfahren, wie es sich mit der parteipolitischen

Loyalität der einzelnen EP-Abgeordneten zu ihren nationalen Parteien verhält, aus denen sie ja rekrutiert werden. Zusätzlich stellt sich für die Fraktionsmitglieder auch die Frage nach möglichen Loyalitäten im Falle von europäischen Parteizusammenschlüssen.

Von dem überwiegenden Teil der Fraktionsmitglieder wurde die Fraktion als ein Instrument der Kooperation verschiedener Gruppierungen und als (positiv oder negativ bewertender) Multiplikator der EG-weiten Beschlüsse gesehen, die auf der Ebene der Nationalstaaten Geltung erlangen. In der ersten Phase bis einschließlich Mitte der 1990er Jahre war nicht zu übersehen, was für alle andere Fraktionen auch galt, dass die Tangierungsfläche zwischen den europäischen Parteien und den EP-Fraktionen relativ bedeutungslos gewesen ist. Die europäischen Parteien bzw. Zusammenschlüsse hatten kaum finanzielle Mittel, sich bei den EP-Fraktionen Gehör zu verschaffen. Mit der Änderung der Parteienfinanzierung wurde die Entkopplung zwischen Fraktionen und Parteien auf der europäischen Ebene in Gang gesetzt. Zwar ist die europäische Partei finanziell im Verhältnis zur Fraktion unabhängig geworden, aber die politische Bedeutung erlangt die Partei auf der europäischen Ebene nur durch eine starke Verflechtung mit der Fraktion. Bis zur Etablierung der politischen Parteien auf der EU-Ebene wurde die Relevanz der Fraktionen durch die innenpolitischen Konstellationen der nationalstaatlichen Grünen Parteien geprägt. Die Stärkung der europäischen Parteien mit gleichzeitiger Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments wird zur noch intensiveren Koordinierung zwischen der Partei und der Fraktion führen.

Dritte Konsolidierungsphase: Die Europäische Grüne Partei

Die Gründung der Europäischen Grünen Partei in Campidoglio, wo im Jahr 1958 die Römischen Verträge unterzeichnet worden waren, markierte einen wichtigen Schritt in der Entwicklung sowohl der Grünen als auch der europäischen politischen Parteien (s. Tabelle 2). Bereits die Umbenennung der

Europäischen Grünen Kooperation in die Europäische Föderation Grüner Parteien (1993) signalisierte eine mentale Weiterentwicklung und Veränderung des Selbstverständnisses der Europäischen Grünen. Die Föderation implizierte *per se* eine qualitative Verbesserung gegenüber der Kooperation. Allerdings ist im Hinblick auf die Ereignisse von Rom anzumerken, dass die EGP-Gründung trotz der neuen Rechtsform keine auffälligen Änderungen mit sich brachte, was die Struktur der Partei betrifft (Nasshoven 2006: 626). Der Verlagerung des Parteibüros von Wien nach Brüssel infolge der EGP-Gründung wird eine symbolische Bedeutung beigemessen, die in einer Hinwendung von einer paneuropäischen zu einer EU-konzentrierten Ausrichtung der Partei liegt. Diese Interpretation scheint aber etwas zu übertrieben, da die Grünen seit Mitte der neunziger Jahre eine konsequente integrationspolitische Option verfolgen. Vielmehr ist die Erklärung für die Verlagerung des Büros in organisatorischen und pragmatischen Gründen zu suchen.

Im Mittelpunkt der dritten Konsolidierungsphase der Grünen standen die organisatorischen und inhaltlichen Aspekte. Die organisatorischen Aspekte umfassen nicht nur die Gründung, sondern auch die Konzeption des gemeinsamen Wahlkampfauftritts im Jahre 2004. Die inhaltlichen Aspekte zielen auf eine Positionierung der europäischen Grünen zum Projekt der EU-Verfassung wie auch auf die Problematik der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ab.

Die Parteigründung in Rom im Jahr 2004 kann auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden: die Verabschiedung der Verordnung über die Satzung und Finanzierung europäischer politischer Parteien und die Konzeption eines gemeinsamen Wahlkampfes. Der gemeinsame Wahlkampfauftritt wirkt einerseits mobilisierend und identitätsstiftend und gewährleistet damit auf europäischer Ebene eine bessere Identifizierung und Wahrnehmung; andererseits bringt er auch im finanziellen Bereich Synergieeffekte. Dies alles kann aber nur zum Erfolg führen, wenn die Interessen der nationalstaatlichen Parteien nicht zu konfliktträchtig sind und der strukturelle Heterogenitätsgrad

der Mitgliedsparteien nicht allzu groß ist. Es ist nicht zu übersehen, dass bei der Entwicklung der Wahlprogramme der tatsächliche Einfluss der Europäischen Grünen relativ gering bleibt und in der nationalstaatlichen Auseinandersetzung vor allem die domestische Politik dominiert.

Im Vergleich mit den anderen europäischen Parteien erscheint die Europäisierung der Wahlkämpfe der Grünen jedoch überraschend und paradox zugleich. Obwohl sich die anderen europäischen Parteien (EVP, SPE oder die Liberalen) noch in den Achtziger- und Neunzigerjahren um Einheitlichkeit in Programmatik und Auftreten bemüht hatten, verzichteten sie bei den Europawahlen 1999 und 2004 auf ein homogenes Erscheinungsbild (Nasshoven 2006: 630ff.). Die Grünen dagegen setzen gerade auf eine hohe Übereinstimmung bei der Vorbereitung und Durchführung des europäischen Wahlkampfes: Mithilfe der Werbeagentur „Zum Goldenen Hirschen“ wurde erstmalig eine EU-weite Werbelinie mit gemeinsamen Logos und Slogans („It’s Yourope“) konsequent durchgeführt. Das homogene Corporate Design signalisierte eine grenzüberschreitende, paneuropäische Hinwendung, die offen für nationalstaatliche Kontextualisierung blieb (Tenscher 2006: 491ff.).

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung der europäischen Wahlkämpfe bleibt anzumerken, dass einem solchen Wahlkampf relativ enge Grenzen gesetzt sind. Erstens ist die Führung eines EU-weiten Wahlkampfes immerhin mit enormem finanziellen und logistischen Aufwand verbunden. Zweitens ist innerhalb der politischen Familien mit vergleichbaren ideologischen Merkmalen eine sehr große Heterogenität nationalstaatlicher und regionaler Spezifika zu verzeichnen. Drittens ist, noch und solange wie das politische System der EU als „sui generis“ zu bezeichnen ist – also unbestimmt in Hinblick auf die Gewalt- und Kompetenzenteilung wie auch auf die unbeantwortete Frage nach der politischen Finalität der EU –, die Rolle der europäischen Parteien sehr beschränkt. Darüber hinaus stellt sich angesichts der enorm heterogenen Identität der europäischen Bürger prinzipiell die Frage nach dem Mehrwert eines europäischen, also die Grenzen des Nationalstaates

transzendierenden Wahlkampfes.

Die inhaltlichen Aspekte gestalten sich schwieriger. Nachdem man in den Neunzigerjahren die ideologischen und geographischen Differenzen weitgehend überwunden hatte, wurde eine andere Spaltung sichtbar, nämlich der Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionspartei (Rüdiger 2004: 146-194). Diese ist besonders relevant im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. So setzten sich etwa die deutschen Grünen, die 1998–2005 auf der Bundesebene die Regierungsverantwortung mitgetragen haben, seit Mitte der Neunzigerjahre für die GASP ein. Die Sozialisierungseffekte sollte man diesbezüglich in Jugoslawienkonflikt suchen (Gehelen 2005: 301). Das Konzept der GASP mit integrierten Streitkräften wird wiederum von der englischen Green Party of England and Wales, der irischen Comhaontas Glas, der schwedischen Miljöpartiet de Gröna und den dänischen De Grønne eindeutig abgelehnt. Vergleichbare Trennlinien sind auch im Hinblick auf die Frage nach der europäischen Verfassung zu verzeichnen.

Das Projekt der europäischen Verfassung wird von der schwedischen Miljöpartiet de Gröna, den De Grønne in Dänemark sowie von den Ecologist Greens aus Griechenland nicht mitgetragen. Der Ablehnung der Verfassung schließen sich auch die norwegische Miljöpartiet de Grønne an, was allerdings aufgrund der Nichtmitgliedschaft Norwegens keine wirkliche politische Relevanz hat. Die schwedische Miljöpartiet de Gröna wie auch die linke Vänsterpartief erklärten sich von Anfang an gegen das Projekt der europäischen Verfassung. Diese Positionierung der beiden schwedischen Parteien steht überhaupt im Zeichen der Opposition gegenüber dem Prozess der europäischen Integration: Bereits 1994 haben die schwedischen Grünen im Vorfeld des Referendums über die EU-Mitgliedschaft die Unvereinbarkeit der EU mit den demokratischen und politischen Prinzipien festgestellt:

"The structure and aims of the European Union are in conflict with our fundamental values. The hallmarks of the EU include bureaucratic and centralised management, ambitious growth plans that clash with environmental interests and the declared aim of developing a federal state with its own military forces and clearly demarcated barriers against the surrounding world. The EU make decentralisation, ecological balance and global solidarity more difficult and may increase international conflicts by contributing to the power struggle among the blocs of the great powers. EMU involves greater centralised rule without democratic control and would obstruct a socially and ecologically oriented economic policy" (Pettersson 2000: 4).

Entsprechend konsequent bleiben die schwedischen Grünen in ihrer Forderung nach dem Austritt Schwedens aus der EU. Die dänische Red-Green Alliance postulierte noch 2003 die Durchführung eines Referendums über die europäische Verfassung, in welchem sie eindeutig gegen die EU Verfassung plädierte. Die Green Party of England and Wales – entgegen dem geläufigen britischen Euroskeptizismus – unterstützt prinzipiell die *Idee einer europäischen Verfassung*, plädiert aber sehr deutlich sowohl gegen die jetzige Version als auch gegen den vorgeschlagenen Vertrag von Lissabon: „We are in favour of an EU constitutional treaty – but not the one currently proposed“ (Green Party 2004).

Die Befürworter der europäischen Verfassung sehen die Probleme vor allem im institutionellen Arrangement im Hinblick auf die Kompetenzteilung und Gleichberechtigung der *europäischen Legislative*. Die deutschen Grünen kritisierten, dass die Mitentscheidungsverfahren des Europäischen Parlaments nicht konsequent auf alle Politikbereiche ausgedehnt wurden. Dieser Forderung schlossen sich auch die französischen Les Verts an, die zusätzlich das Initiativrecht für das Europäische Parlament beanspruchen (Lemaire 2004:

21ff.). Zweitens wird die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik moniert. Hierfür sei eine qualifizierte Mehrheit ausreichend, was die Handlungsfähigkeit und weitere Integration der Union erleichtern würde. Problematisch werden auch die eingeführten Quoten bei der erforderlichen doppelten Mehrheit gesehen, da hier eine absolute doppelte Mehrheit (bezogen auf Staaten und Bürger) mehr Transparenz bringen würde (Bündnis 90/Die Grünen 2005: 3). Bereits zur Europawahl 1999 hatten die deutschen Grünen eine klare Absage an jegliche Renationalisierungsversuche erteilt und explizit das politische Modell eines Europas als Staatenbund befürwortet, in dem das Subsidiaritätsprinzip die gestaltende Funktion in Hinblick auf die Kompetenzenteilung annimmt. Des Weiteren forderten die deutschen Grünen die Stärkung des Europäischen Parlaments, welchem umfassende legislative Kompetenzen zugesichert werden sollten und welches als gleichberechtigte zweite Kammer neben dem Ministerrat fungieren solle (Bündnis90/Die Grüne: 1999).

Die kleinen, eher auf regionaler Ebene agierenden Parteien wie die Scottish National Party oder die spanische Eusko Alkatartasuna sehen die europäische Integration als eine Chance, die Legitimität der regionalen Entscheidungsebene zu stärken und als Gleichberechtigte neben den nationalstaatlichen Akteuren aufzutreten. So unterstützt die Scottish National Party die EU im Sinne einer "confederation of sovereign states, where certain issues are decided collectively but also as locally to the people they affect as possible. The SNP will always oppose unnecessary centralisation" (SNP 2004). Im Hinblick auf die europäische Verfassung konstatiert die SNP: "The draft constitution gives a framework for the kind of EU the SNP wishes to see and to participate in - a more effective and democratic confederation of states choosing to share sovereignty and defined policy areas for mutual benefit" (SNP 2004). Ausführliche Angaben zu der institutionellen Ordnung werden allerdings bis jetzt nicht gemacht.

Vor dem Hintergrund der gegensätzlichen Interessen innerhalb der Europäischen Grünen Partei mag die Verabschiedung des Europamanifests 2004 mit dem implizierten Bekenntnis zur Europäischen Verfassung überraschend erscheinen. Die für das grüne Manifest zur Europawahl 2004 gewählten Formulierungen sind jedoch allgemein gehalten und lassen so einen breiten Interpretationsspielraum. Interessant sind dabei die Passagen bezüglich der europäischen Verfassung: Der Anspruch der Grünen, Europa als mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft zu begreifen, nämlich als eine Gemeinschaft, in welcher Rechtsstaatlichkeit, Selbstbestimmung und Bürgerrechte als verbindliche und grundlegende Werte bestehen, oberhalb militärischer und ökonomischer Dominanz, knüpfen an das Postulat der Transparenz und Bürgernähe an. Der Verfassungsvertrag wird als ein zukunftsweisendes Dokument gesehen, dessen Ratifikation einen weiteren Schritt in Richtung transparentes Europa darstellt (Manifest 2004: 2ff.). Das Manifest beantwortet allerdings nicht die Frage nach der institutionellen Form der Europäischen Union. Die Realisierung des Postulats eines bürgernahen Europas erforderte aber die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und die Dezentralisierung der staatlichen Macht (Manifest 2004: 6f.). Die Kompetenzen der Staaten müssten auf Regionen und Kommunen zurück verlagert werden. Diese Forderung entspricht dem ursprünglichen Verständnis des Subsidiaritätsprinzips, dessen tatsächliche Umsetzung das Problem der demokratischen Legitimität im institutionellen Geflecht der Union mindestens teilweise lösen würde. Im Positionspapier der EGP „*Yes the European Constitution*“ vom 15. Dezember 2004 wird – wie in jedem grundsätzlichen Programm der Grünen zur europäischen institutionellen Ordnung – noch einmal das Demokratiedefizit kritisch angesprochen und auf die Notwendigkeit einer Dezentralisierung im Sinne der Subsidiarität hingewiesen, wodurch ein bürgernahes Europa ermöglicht werden könne. Im Positionspapier verknüpfen die Grünen das Problem der defizitären Demokratie mit der fehlenden sozialen Ordnung. Zu stark werde nämlich die Europäische Union in rein

wirtschaftlichen Kategorien wahrgenommen. Um dies zu ändern, müssten in der politischen Praxis die sozialen, kulturellen und ökologischen Werte eine stärkere Berücksichtigung finden. Ebenfalls als problematisch wird das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat erachtet. Dieses dürfe nur in den wenigen und wirklich wichtigen Politikfeldern angewendet werden, damit die Regierungskonferenzen keine ausschließlich nationalstaatliche Lösungen fordern (EGP 2004).

Im Kontext der europäischen Verfassung stellen die Grünen die berechtigte Frage, warum im Vorfeld des Ratifizierungsprozesses kein EU-weites Referendum zur Abstimmung über den europäischen Verfassungsvertrag stattfand. Die primäre Aufgabe der europäischen Verfassung, so wie es im Konvent formuliert wurde, bestünde doch gerade in der Aufhebung bzw. Minimierung des Demokratiedefizits. Eine gleichzeitige Durchführung des Referendumsverfahrens mindestens in den Ländern, in welchen eine politische Möglichkeit bzw. eine in der nationalen Verfassung vorgesehene Notwendigkeit eines EU-Verfassungsreferendums besteht, hätte eine enorme symbolische und identitätsstiftende Wirkung auslösen können.

Fazit

Die organisatorische Konsolidierung der Europäischen Grünen kann als eine abgeschlossene Phase betrachtet werden. Sowohl die entwickelten gemeinsamen Strukturen als auch die Praxis der Konsensbildung hat sich spätestens in der Diskussion über die europäische Verfassung bewährt.

Divergenzen sind jedoch noch im Bereich der thematischen Auseinandersetzung auszumachen, besonders deutlich zutage tretend in den Positionierungsversuchen der Europäischen Grünen Partei zur europäischen Integration und deren institutionelle Ausgestaltung wie auch zum Projekt einer europäischen Verfassung. Es überrascht wenig, dass innerhalb der EGP – und wohl auch innerhalb der anderen europäischen Parteien – relativ differenzierte

Ansichten verfolgt werden. Im Falle der Grünen zeigen sich bei den europäischen Mitgliedsparteien sehr deutliche nationalstaatliche Tendenzen, sodass trotz der zahlreichen Konsensbemühungen in vielen wichtigen Aspekten noch thematische Heterogenität herrscht. Allerdings treten die europäischen Grünen, abgesehen von den skandinavischen Parteimitgliedern, seit mehr als einem Jahrzehnt konsequent für die europäische Integrationspolitik in der horizontalen wie vertikalen Dimension ein. Die Frage nach der europäischen Verfassung wird zwar bejaht, die Etablierung einer konsequent zu Ende durchdachten Konzeption der weiteren Entwicklung der Europäischen Union jedoch ausgeklammert. Vielmehr konzentrieren sich die eingereichten Vorschläge auf Teilreformen der europäischen Verträge. Es bleibt anzumerken, dass dies kein Spezifikum der Grünen ist.

Auch in der laufenden Europawahl wird es interessant bleiben, die weitere programmatische und organisatorische Entwicklung der Europäischen Grünen Partei zu beobachten: Inwiefern wird die europäische Dimension im Wahlkampf spürbar werden, oder wird sich im Falle der Grünen die Europawahl als *second-order-election* bestätigen? Problematisch ist, dass die Grünen bislang in Mittel- und Osteuropa kaum politische Relevanz erlangt haben. Innerhalb der alten EU-15 mutet zudem Folgendes paradox an: In dem Maße, wie ursprünglich von den Grünen besetzte Themen eine immer höhere Signifikanz erlangen, haben die Grünen Parteien im nationalstaatlichen Kontext eine immer schwierigere Ausgangsposition im parteipolitischen Wettbewerb. Ob dieser Trend zu durchbrechen sein wird, bleibt abzuwarten.

Literaturverzeichnis

- Böttcher, Winfried/Johanna Krawczynski 2000: Europas Zukunft: Subsidiarität. Ein Plädoyer für eine europäische Verfassung, Aachen: Shaker.
- Bündnis 90/Die Grünen 1999: Für ein demokratisches Europa des Friedens, der Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung. Programm zur Europawahl 1999, Bonn.
- Bündnis 90/Die Grünen 2005: Die Europäische Verfassung: Eine grüne Argumentationshilfe, Landesverband Berlin, Europa AGF, in: http://gruene-berlin.de/site/fileadmin/Europa-AG/EU-Reformvertrag_und_EU-Verfassungsvertrags-entwurf/EU-Verfassungspapier.pdf (Zugriff 12.08.2008).
- Deinzer, Gerold 1999: Europäische Parteien. Begriff und Funktion in einem europäischen Integrationsensemble, Baden-Baden: Nomos.
- Dietz, Thomas 1997: Die grenzüberschreitende Interaktion grüner Parteien in Europa, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dietz, Thomas 2002: European Federation of Green Parties, in: Johansson, Karl-Magnus; Zervakis, Peter (Hg.): European Political Parties between Cooperation and Integration, Baden-Baden: Nomos, S. 125-159.
- Dietz, Thomas 2006: Von P.E.A.C.E. bis zur Europäischen Föderation Grüner Parteien, in: Mittag, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen: Klartext, S. 333-359.
- Doherty, Brian 1992: The Fundi-Realo Controversy: An Analysis of Four European Green Parties, in: Environmental Politics 1 (1992) 1, S. 95-120.
- Dormann, Franz 1992: Die Grünen. Repräsentationspartei der Neuen Linken, Dissertation, Bonn.
- ECOLO 2004: Une vision écologiste pour une Europe intégrée, in: <http://www.ecolo.be> (Zugriff 09.12.2008).

- EFGP 1993: The Guiding Principles of the European Federation of Green Parties, Masala 20.06.1993.
- EFGP 1996: The Political Position of the European Federation of Green Parties at the EU Intergovernmental Conference of 1996, 4. Ratsstreffen in Turin am 11.02.1996.
- EFGP 1999: Green Manifesto for the 1999 European Elections: Greening Europe –more urgent than ever, in: <http://www.europeangreens.org>.
- EGP 2004: Europäische Grüne Partie: „Yes to the European Constitution“, Positionspapier vom 15. Dezember 2004.
- Europäische Grüne Partei 2005: Resolution of the European Green Party on the EU Constitutional Treaty, Pressemitteilung vom 17. Februar 2005.
- Gehlen, Andreas von 2005: Europäische Parteiendemokratie? Institutionelle Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der europäischen Parteien zur Minderung des Legitimationsdefizits der EU, Dissertation, Berlin.
- Green Party 2004: Green Party policy statement on the proposed EU constitutional treaty. Real Progress for Europe, in: <http://www.greenparty.org.uk> (Zugriff am 02.12.2008).
- Jansen, Thomas 1997: Die europäischen Parteien; in: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.) Jahrbuch der Europäischen Integration, Bonn: Europa Union, S. 267-272.
- Jansen, Thomas 2002: Europäische Parteien, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 393-408.
- Jasmut, Gunter 1995: Die politischen Parteien und die europäische Integration. Der Beitrag der Parteien zur demokratischen Willensbildung in europäischen Angelegenheiten, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Lemaire, Gilles 2004: Quelle Europe voulons nous? Sortons des Anathèmes!, in: Tribune des Verts 16 (2004) 726, S. 21-23.
- Manifest 2004: Gemeinsames Manifest der Europäischen Grünen Partei: Europa besser machen – Du entscheidest. Beschlossen auf der Ratstagung der Europäischen Grünen in Luxemburg am 8. November 2003.

- Nasshoven, Yvonne 2006: "Let's Green Europe"? Von der Europäischen Föderation Grüner Parteien zur Europäischen Grünen Parteien, in: Mittag, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen: Klartext, S. 617-637.
- Neßler, Volker 1997: Europäische Willensbildung. Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und Europäischer Integration, Berlin: Wochenschau.
- Nohlen, Dieter 2004: Wie wählt Europa? Das polymorphe Wahlsystem zum Europäischen Parlament, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17 (2004) S. 29-37.
- Petersson, Olof 2000: The European Debate in Sweden, Research and Policy Paper 12, Notre Europe, in: http://www.const.sns.se/olofp/notreeurope_en.pdf (Zugriff 30.11.2008).
- Raschke, Joachim (Hg.) 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln: Bund.
- Rüdiger, Wolfgang 2004: Zwischen Ökotopia und Desillusionierung: Regierungsbeteiligungen grüner Parteien in Europa 1990-2004, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Die Grünen in Europa. Ein Handbuch, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- SNP 2004: Scottish National Party: Vote for Scotland: European Manifesto, in: <http://www.snp.org> (Zugriff 13.12.2008).
- Sterzing, Christian 2004: Die internationale Politik der europäischen grünen Parteien, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Die Grünen in Europa. Ein Handbuch, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Tenscher, Jens 2006: Europa zweiter Wahl? Wahlkämpfe zum Europäischen Parlament, in: Mittag, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen: Klartext, S. 477-495.

Anhang

Tabelle 1: Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im EP (2005-2009)

LAND	PARTEI	ANZAHL	
		pro Partei	Insgesamt pro Land
Belgien	ECOLO	1	2
	Groen!	1	
Dänemark	Socialistisk Folkeparti	1	1
Deutschland	Bündnis 90/Die Grünen	13	13
Finnland	Vihreä Liitto	1	1
Frankreich	Les Verts	6	6
Italien	Federazione dei Verdi	2	2
Lettland	Par Cilvēka Tiesībām Vienotā Latvija	1	1
Luxemburg	Déi Gréng	1	1
Niederlande	GroenLinks	2	4
	Europa Transparant	1	
	Unabhängig	1	
Österreich	Die Grünen	2	2
Rumänien	Unabhängig	1	1
Schweden	Miljöpartiet De Gröna	1	1
Spanien	Los Verdes	1	3
	Eusko Alkartasuna	1	
	Iniciativa per Catalunya-Verds	1	
Vereinigtes Königreich	The Green Party	2	5
	Scottish National Party	2	
	Plaid Cymru (Wales)	1	

Quelle: <http://www.greens-efa.org> (Dezember 2008).

Tabelle 2: Die Mitglieder und Beobachter der Europäischen Grünen Partei

LAND	MITGLIED	
Belgien	Groen!/AGALEV*	Green!
	ECOLO	
Bulgarien	Зелена партия	Green Party
Dänemark	De Grønne**	The Greens
Deutschland	Bündnis 90/Die Grünen	Alliance '90/The Greens
Estland	Eesti Rohelised	Estonian Greens
Finnland	Vihreä Liitto	Green League
Frankreich	Les Verts	The Greens
Griechenland	Οικολόγοι Πράσινοι	Ecologists Greens
Großbritannien	The Green Party of England and Wales	
	Scottish Green Party	
Irland	Comhaontas Glas	Green Alliance
Italien	Federazione dei Verdi	Federation of Greens
Lettland	Latvijas Zaļā Partija	Latvian Green Party
Luxemburg	Déi Gréng	The Greens
Malta	Alternattiva Demokratika	Democratic Alternative
Niederlande	De Groenen	The Greens
	GroenLinks	GreenLeft
Österreich	Die Grünen	The Greens
Portugal	Os Verdes	The Greens
Polen	Zieloni 2004	Greens 2004
Rumänien	Federatia Ecologista din Romania	Green Party
Schweden	Miljöpartiet de Gröna	Environmental Party The Greens
Slowakei	Strana Zelených na Slovensku	Green Party
Slowenien	Stranka mladih Slovenije	Youth Party of Slovenia
Spanien	Confederación de Los Verdes	Confederation of Greens
	Iniciativa per Catalunya-Verds	Initiative for Catalunya/Greens
Tschechien	Strana Zelených	Green Party
Ungarn	Zöld Demokraták Szövetsége	Green Democrats
Zypern	Κίνημα Οικολόγων Περιβαλλοντιστών	Ecological and Environmental Movement
NICHT EU-LAND		
Albanien	Partia e Gjelber	Greens of Albania
Georgien	Sakartvelo's mtsvaneta partia	Georgia Greens
Moldawien	Partidul Ecologist din Moldova "Aliante Verde"	Ecologist Party Green Alliance of Moldova
Norwegen	Miljøpartiet De Grønne	Environmental Party The Greens
Russland	Zelenaya Alternativa	Green Alternative

	(GROZA)	
Schweiz	Grüne/Les Verts	Green Party of Switzerland
Ukraine	Partija Zelenykh Ukrainy	Green Party of Ukraine
BEOBACHTER		
Andorra	Partit Verds d'Andorra	Greens of Andorra
Aserbaidshan	Azərbaycan Yaşilları Partiyası	Azerbaijan Green Party
Dänemark	Socialistisk Folkeparti	Socialist People's Party
Kroatien	Zelena Lista Croatia	Green List of Croatia
Russland	Зеленая Россия	Green Russia
Serbien	Zeleni	Greens
Türkei	Yeşiller Partisi	Green Party of Turkey
Weißrussland	Bielaruskaja Partyja „Zialonye“	Belarusian Green Party
<i>Europa</i>	<i>European Network of Green Seniors</i>	

*Agalev (Anders GAan LEVen) wurde bereits 1981 gegründet, 2003 wurde die Partei in „Groen“ umbenannt.

** De Grønne wurde 2008 aus der EFG ausgeschlossen.

Quelle: <http://www.europeangreens.org> (Dezember 2008).

Live E-Learning in der Entwicklungszusammenarbeit

Rüdiger Keller

(Universität Augsburg)

Bildung sollte für alle Gesellschaften ein wichtiges Gut sein. Denn nur Bildung erlaubt es Wissen zu erweitern, Innovationen hervorzubringen und somit Wohlstand zu schaffen. Nicht umsonst sind die führenden Industrienationen dieser Welt im oberen Drittel der PISA Studie zu finden. Damit ist Bildung ein Schlüssel für die Entwicklung von Regionen, Städten, Nationen und letztlich Kontinenten. Im Rahmen der Bildung spielt das Lernen eine zentrale Rolle. Lernen kann in einer globalisierten Welt dank des Internets überall stattfinden. Somit bietet das Internet durch das Elektronische Lernen (E-Learning) eine große Chance für Afrika und die Entwicklungszusammenarbeit. Vor allem aus Kostengründen ist E-Learning reizvoll. Dies zeigt sich am Thema Lehrerbildung. Experten müssen nicht mehr vor Ort eingeladen werden, Reise- und Logiekosten können eingespart werden. Der Artikel zeigt eine Möglichkeit auf, wie Europa den Entwicklungsländern am Beispiel der Lehrerweiterbildung per E-Learning helfen kann.

Wie Europa den Entwicklungsländern helfen kann

Bildung sollte für alle Gesellschaften ein wichtiges Gut sein. Denn nur Bildung erlaubt es Wissen zu erweitern, Innovationen hervorzubringen und somit Wohlstand zu schaffen. Nicht umsonst sind die führenden Industrienationen dieser Welt im oberen Drittel der PISA Studie zu finden (OECD 2001). Damit ist Bildung ein Schlüssel für die Entwicklung von Regionen, Städten, Nationen und letztlich Kontinenten.

Wenn Bildung so wichtig ist, so ist es unerlässlich, dass sie gefördert wird. Dies geschieht in der Regel bereits in den Kindergärten. Zwar spielen dort Kinder primär, aber dadurch erlernen sie wichtige Fertigkeiten die für ihr späteres Leben wertvoll sind. Studien zu diesem Themengebiet untermauern dies (Krenz/Rönnau 1985). Nach dieser Zeit folgt die Schule, nachdem sich für gewöhnlich die Wege von Schulfreunden trennen: Entweder gehen sie direkt einer Arbeit nach, machen eine Ausbildung oder nehmen ein Studium auf. Jeder Mensch findet im Idealfall einen Platz in der Gesellschaft, in der er oder sie konstruktiv mitwirken kann. Und zwar mit dem, was er oder sie vermeintlich am Besten kann. Dies können Talente sein, wie die Kunst oder die Musik. Oder aber klassisch erlernte Berufe wie ein Controller oder ein Ingenieur. Es muss jedoch konstatiert werden, dass die meisten Menschen ihre Berufe, aller Talente zum Trotz, erlernen.

Lernen spielt also eine wichtige Rolle im Leben von Menschen. Wir lernen als Kinder, aber auch als Erwachsene. Vor allem aber erlernen wir in der Regel Berufe, die es uns ermöglichen Geld zu verdienen und unser Leben zu bestreiten. Wenn wir etwas Neues erlernen, so erweitern wir unseren Horizont. Dies kann z.B. geschehen durch eine Sprache. Sie erlaubt es uns mit mehr Menschen zu kommunizieren, als dies nur mit unserer Muttersprache möglich gewesen wäre. Wenn wir lernen, dann erweitern wir das Spektrum unserer Möglichkeiten. Dies führt dazu, dass Menschen an Lebensqualität gewinnen.

Doch wie findet Lernen statt? Ein Blick in die pädagogisch-psychologischen Grundlagen des Lernens geben uns darüber Einblicke. In der Literatur wird zwischen drei großen Lernparadigmen unterschieden (Lefrancois 2003: 6). Der Behaviorismus sieht das Gehirn als eine „Black Box“. Nicht die Vorgänge im Gehirn sind hier entscheidend, sondern die Reaktionen, die Menschen auf Reize geben. Konkret heißt das, dass es darum gehen muss, geeignete Stimuli zu finden um das richtige Feedback von Lernenden zu erhalten (Grune 2000: 85). Heute ist jedoch diese Form des Lernverständnisses stark in die Kritik geraten, weil das klassische Reiz-Reaktionsschema menschliche Lernprozesse in ihrer Komplexität nicht vollständig erfasst. Der Kognitivismus konzentriert sich stärker auf interne Verarbeitungsprozesse des Gehirns. Ziel ist es, mit Wissen Probleme zu lösen und nicht, wie im Behaviorismus, die einzige richtige Antwort zu finden (Euler 1992: 45 f.). Der Konstruktivismus hingegen geht von keiner objektiven Realität aus. Menschen sammeln verschiedene Erfahrungen. An diese gilt es neues Wissen anzuknüpfen. Lernen wird somit ein aktiver Prozess (Lefrancois 2003: 125). Wenn vom „wie gelernt wird“ gesprochen wird, so stellt sich auch immer die Frage des „wo gelernt wird“. In einer globalisierten Welt durchaus eine legitime Frage.

War früher die Antwort relativ klar, „wo“ gelernt wird, so wird es in Zeiten von Laptops, E-Mails oder Videokonferenzen immer schwerer zu beantworten. Kommunikation kann durch das Internet an jeden beliebigen Ort der Welt stattfinden. Satelliten oder W-Lans übertragen das digitale Datennetz an alle nur denkbaren geographischen Lokalitäten. Das Internet ist überall verfügbar – wenn es denn gewünscht wird.

Wenn das Internet überall verfügbar ist, und Lernen so wichtig ist, warum führt man beides nicht zusammen? Genau dieser Frage geht die E-Learning Forschung nach. Wenn man ein solches Buch aufschlägt, dann wird man schnell feststellen, dass das Internet mehr ist als nur ein großer Chatroom. Die E-Learning Forschung will untersuchen, wie der Computer, sei es lokal oder über das Internet, für die (Weiter)Bildung genutzt werden kann (Tiemeyer

2005: 10). In Zeiten, in denen Menschen viel unterwegs sind und der Laptop oftmals ein ständiger Begleiter ist - eine spannende Frage. Unterscheiden lässt sich die E-Learning Forschung in verschiedene Teilbereiche, wobei zwei für diesen Artikel von besonderer Relevanz sind: Die synchrone Kommunikation und die asynchrone Kommunikation. Bei der synchronen Kommunikation kommunizieren Menschen gleichzeitig im Internet (z.B. ein Chat), bei der asynchronen Kommunikation zu unterschiedlichen Zeiten (z.B. in einem Internetforum) (Bruns/Gajewski 2002: 238). Dies sind zwei unterschiedliche Herausforderungen für das Gestalten von Lernprozessen. In der synchronen Kommunikation können Vorlesungen übertragen werden oder Trainer mit Lernenden direkt per Video kommunizieren. Es wird in diesem Fall von „Live E-Learning“ gesprochen. In der asynchronen Kommunikation bearbeiten Teilnehmer für gewöhnliche Aufgaben und eignen sich selbst Wissen an. Dieses selbstgesteuerte Lernen wird von geschultem Lehrpersonal begleitet. Letztere Form des E-Learnings bedarf einer großen Lernerfahrung. Die Selbstmotivation muss hoch sein, es ist vielleicht ungewohnt sich selber Wissen zu erarbeiten. Aus diesem Grund ist diese Form des Lernens für Menschen von Vorteil, die viel Erfahrung mit dem (eigenen) Lernen haben (Tiemeyer 2005: 120 ff.).

Konzentrieren wir uns auf das Live E-Learning. Vorteile des Live E-Learning liegen in der Möglichkeit der Lernenden, Rückfragen sofort zu stellen und in einen direkten Informationsaustausch zu treten. Ein Trainer kann auf Fragen direkt eingehen, aber auch Lernende können spontan Fragen stellen. Der Kommunikationsvorteil gegenüber asynchronen Systemen ist, dass man neben der Funktion des Chats, auch noch die Stimme und (falls gewünscht) das Videobild des eines Trainers „live“ sieht. Menschen, die wenig Erfahrung mit dem Lernen im Internet haben, tun sich mit dieser Form des E-Learning am leichtesten (Behrens 2001: 6). Experten können spontan zu Meetings eingeladen werden und ihr Wissen einer Teilnehmerschaft präsentieren. Vor allem aus Kostengründen ist dies günstiger, als Experten vor Ort einzuladen, da Reise- und Logiekosten eingespart werden können. Somit können (Lern-) Meetings zu

wesentlich günstigeren Konditionen erworben werden.

Doch wie kann Live E-Learning Entwicklungsländern helfen? Wie anfangs beschrieben ist Bildung ein Schlüssel für Regionen und Länder, um Wohlstand zu schaffen. In den heutigen Entwicklungsländern ist die Qualität des Unterrichts immer noch schlecht. Nach einer Grundschulausbildung können viele Schulabgänger immer noch schlecht schreiben oder lesen. Der schlechte Unterricht führt dazu, dass vor allem in Afrika südlich der Sahara, die Wiederholquoten von Schülern sehr hoch sind. Auch fehlt es den meisten Entwicklungsländern an gute ausgebildeten Fachkräften. Die berufliche Bildung ist oftmals schlecht oder gar nicht ausgeprägt. Damit fehlt es den meisten Entwicklungsländern an qualifizierten Fachkräften für die wirtschaftliche Entwicklung (BMZ 2008).

Wie könnte aber eine solche Strategie aussehen? Nehmen wir das Beispiel der Lehrerweiterbildung.

Es müsste zunächst sichergestellt werden, dass es in dem entsprechenden Entwicklungsland ausreichende Internetanbindung vorhanden wäre. Im Jahre 2006 betrug die Internet-Durchdringungsrate in Afrika ungefähr 4%. Im ersten Moment vielleicht nicht sehr ermutigend. Allerdings hat sich die die Zahl der Staaten, die DSL Dienste anbieten, in den letzten Jahren stark erhöht. Über 21 Länder in Afrika haben inzwischen einen DSL- Internetdienstleister. Da es schwache Festnetz-Infrastrukturen gibt, ersetzen zunehmend drahtlose Zugangstechnologien den Zugang zum Internet. Vor allem in den Großstädten in Afrika ist die Wahrscheinlichkeit, einen Internet-Zugang zu haben, sehr hoch (BFA 2006).

Ist also der Zugang zum Internet erst einmal verfügbar, könnten Servicezentren eröffnet werden. Diese fungieren als Lernorte. Technisch geschultes Personal aus Europa oder aus dem jeweiligen Zielland würde sicherstellen, dass es zu keinerlei technischen Schwierigkeiten mit dem Internet kommt. Ein Virtuelles Klassenzimmer würde dann auf einem europäischen Server installiert werden, dass ist eine Software die es erlaubt, in Echtzeit

miteinander in Kontakt zu treten. Dies ist insofern wichtig, als das es in Afrika auf Grund von Stromausfällen, starker Hitze oder technischer Expertise es nicht immer gewährleistet wäre, dass die Software tatsächlich immer verfügbar ist. Schließlich würden lokale Fachexperten oder Lehrer in dieses Servicezentrum eingeladen werden um dort per Live E-Learning geschult werden. Der Vorteil wäre, dass (europäische) Experten nicht nach Afrika reisen müssten und ihr Wissen z.B. direkt von Deutschland aus weitergeben könnten. Voraussetzung wäre lediglich, dass die europäischen Spezialisten einen Zugang zum Internet haben. In Europa sicherlich ein überwindbares Problem. Es könnten Entwicklungshilfegelder, die durch Reisekosten entstehen, erheblich eingespart werden. Dieses Geld könnte dann in weitere Experten investiert werden. War es vorher nur möglich, je nach Budget nur eine gewisse Anzahl von Experten nach Afrika zu entsenden, so könnte nun mit dem gleichen Geld viel mehr Experten bezahlt werden, die Schulungen durchführen.

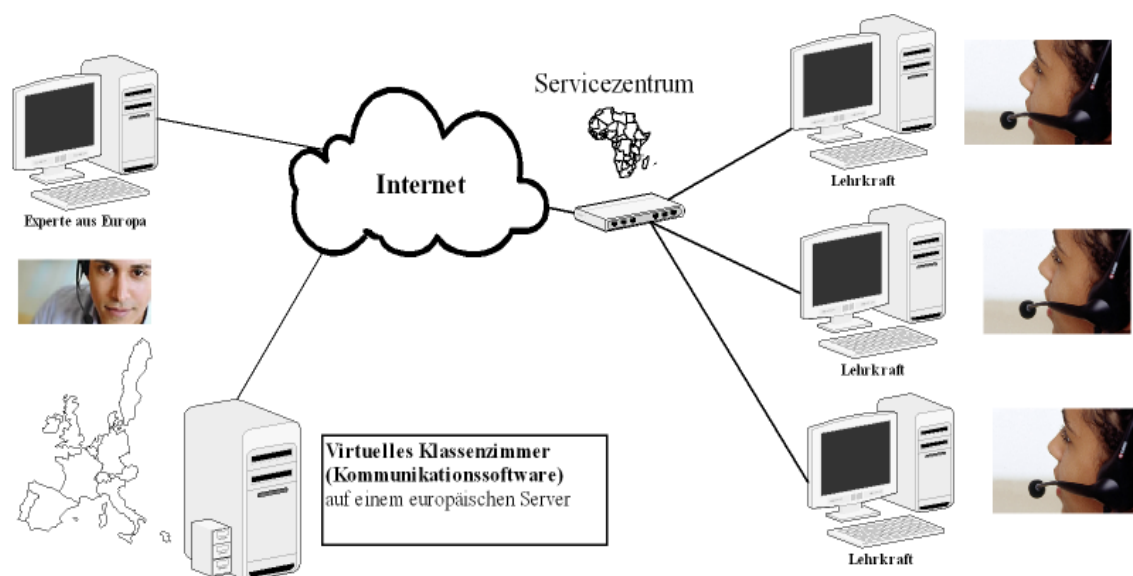


Abbildung 1: Beispiel eines Live E-Learnings in der Lehrerfortbildung.

Es wurde bewusst der Terminus „erhebliche Einsparungen“ gewählt. Denn es ist fraglich, ob tatsächlich alle Lehrinhalte nur durch Vermittlung per Internet erfolgen können. Gerade in Lehrfächern bei denen praktisches arbeiten den Lernerfolg wesentlich steigert (wie zum Beispiel in der Chemie oder der Physik) ist es schwer bestimmte Vorgänge digital zu simulieren und verständlich zu machen. Aber für den Großteil von Themenspektren könnte diese Art von Schulungen sehr hilfreich sein. Vor allem, um die Unterrichtsqualität von afrikanischen Schulen zu verbessern. Die Bildung von Fachkräften wie Lehrern könnte verbessert, neue Unterrichtsmethoden geschult, Fachwissen erweitert und die Qualität des Unterrichts angehoben werden.

Schließen möchte ich diesen Artikel mit einem Zitat von Friedrich Nietzsche: „Man belohnt seinen Lehrer schlecht, wenn man immer sein Schüler bleibt.“ Was Afrika braucht, ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Wenn geschulte Lehrer, per Live E-Learning, die Qualität von Unterricht verbessern, so ist die nächste Schülergeneration vielleicht schon besser ausgebildet. Und die Chancen der nachfolgenden Generation wären damit verbessert, sich selber zu helfen und konstruktiver Teil eines Aufschwungs zu sein. Afrika kann geholfen werden - warum nicht mit der Zukunftstechnologie des Internets? Zum einen wäre Afrika in den weltweiten Aufschwung des Internets integriert, zum anderen könnte man mit den neuen Möglichkeiten die Bildung der Lehrkräfte verbessern. So kann die Bildung (wie überall) in der Welt der Schlüssel zum Erfolg sein.

Literaturverzeichnis

- Behrens, Ulrike 2001: Teleteaching is easy?! Pädagogisch-psychologische Qualitätskriterien und Methoden der Qualitätskontrolle für Teleteaching – Projekte, Landau: Verlag Empirische Pädagogik.
- Bundesagentur für Aussenwirtschaft (BFA) 2006.: Internet- Markt in Afrika noch kaum angezapft Ostafrika führt Wachstum an/Boom drahtloser Datensysteme erwartet: https://www.bfai.de/DE/Content/__SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templateId=renderSE.html?fident=MKT20060620104804&source=Google&sourcetype=SE (abgerufen am 26.08.2008).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2008: <http://www.bmz.de/de/themen/bildung/hintergrund/bildungssituation/index.html> (Stand 15.07.2008).
- Bruns, Beate/Petra Gajewski 2002: Multimediales Lernen im Netz, Leitfaden für Entscheider und Planer, Berlin: Springer.
- Euler, Dieter 1992: Didaktik des computergestützten Lernens, Nürnberg: Bildung und Wissen.
- Grune, Christian 2000: Lernen in Computernetzen. Analyse didaktischer Konzepte für vernetzte Lernumgebungen, München: Kopäd.
- Krenz, Armin/Heidi Rönnau 1985: Entwicklung und Lernen im Kindergarten. Psychologische Aspekte und pädagogische Hinweise für die Praxis, Freiburg: Herder.
- Lefraincois, Guy. R. 2003: Psychologie des Lernens, Berlin: Springer.
- OECD (Hrsg.) 2001: Knowledge and skills for life: First results from the OECD Programme for International Student Assessment (PISA) 2000, Paris: OECD.
- Tiemeyer, Ernst 2005: E-Learning in der beruflichen Bildung. Technologien, Einsatzszenarien, E-Learning-Didaktik, Darmstadt: Winklers.

Energiekrise und Außenpolitik im Spiegel der Befürchtungen

Ádám Lászlop

(Technische Universität Berlin)

Der Begriff der Energiesicherheit und die damit verbundenen potenziellen Gefahren sind für die Länder Westeuropas erstmals in der Entwicklung der internationalen Beziehungen infolge der Suez-Krise offensichtlich geworden. Das dramatischste Beispiel für die Erschütterung der Energiesicherheit war dann die Ölpreisexplosion im Jahr 1973. Aus diesem Ereignis der internationalen Wirtschafts- und Politikgeschichte – die Ölpreise stiegen binnen eines Jahres auf das Vierfache an – wurden viele Lehren gezogen; eine davon war ein durch Befürchtungen gesteuerter außenpolitischer Strategiewechsel.

Energie und Politik

Die Auswirkungen der damaligen Ölpreisexplosion blieben nicht ausschließlich auf die Energiepolitik beschränkt. Vielmehr führten die Ereignisse an den internationalen Energiemärkten zu neuen Bedenken in der gesamten internationalen Politik und forderten entsprechende politische Schritte. So weist eine umfassendere – die internationalen politischen Gegebenheiten berücksichtigende – Lesart der Ölpreisexplosion im Jahr 1973 auf eine sehr interessante Erscheinung hin: Die Analyse des Zeitraums des kalten Krieges zeigt, dass die Befürchtungen und Bedenken der Energiepolitik sogar darüber hinausgehende Änderungen der internationalen Politik induzieren können. So können wir das Jahr 1973 als eine echte internationale politische Zeitenwende bezeichnen. Der sich anschließende Zeitraum bis Mitte der achtziger Jahre wird von der internationalen energiepolitischen Fachliteratur auch die „kohlenwasserstoffbedürftige Periode“ des 20. Jahrhunderts genannt.

Die erste Preisexplosion in den Jahren 1973–1974 sowie die nochmalige Ölpreiserhöhung 1979–1980 haben die Gefahren für die Versorgungssicherheit beim Erdöl handgreiflich gemacht (Lieber 1976). Ein großer Teil der internationalen Sachverständigen, Analytiker und Entscheidungsträger hat die einseitige Erdölabhängigkeit geradezu als die hinsichtlich der europäischen Marktwirtschaften des 20. Jahrhunderts größte vorstellbare Bedrohung betrachtet. Die komplette Nationalwirtschaften erschütternde Kraft dieser Gefahrenquelle hat eine entscheidende Wendung in der westlichen wirtschaftsstrategischen und außenpolitischen Gesinnung herbeigeführt (Kaposi 2004). Während die vor allem nach energetischen Hinsichten durchgeführte Analyse der genannten Energiekrisen bereits Gegenstand zahlreicher Aufsätze ist, wurden deren Wirkungen auf die internationale Politik bislang weder in der ungarischen, noch in der internationalen Fachliteratur näher gewürdigt.

Außenpolitischer Wechsel in Westeuropa: Neubewertung des Nahen Ostens

Das Jahr 1973 hat offenbart, dass die Länder Europas von Erdölimporten aus dem Nahen Osten dermaßen abhängig sind, dass dies ihre ganze wirtschaftliche Schlagkraft gefährden kann (Kádár 1983: 121ff). Sie mussten die bisherigen Praktiken ihrer nahöstlichen Außenpolitik auch in der Hinsicht durchdenken, ob diese den Schutz ihrer nationalen Interessen und die Stabilität ihres Kohlenwasserstoffimports wirklich beförderten.

Um die Versorgungssicherheit herzustellen war zunächst der Abschluss langfristiger Verträge erforderlich (Levy 1982). Damit aber nicht genug: Zum langfristigen Ausbau der Stabilität des Beziehungssystems bedurfte es eines echten außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Konzeptionswechsels. Die großen, über keine eigenen Kohlenwasserstoffschätze verfügenden Kohlenwasserstoffverbraucher in Europa – wie Deutschland, Frankreich und Italien – mussten zunächst ihre nahöstliche Politik überprüfen und diese dem strategischen Interesse der Energiesicherheit unterordnen (Lumsden 1978).

Zugleich hat aber die Krise von 1973 den großen Kohlenwasserstoffverbrauchern in Westeuropa den Nahen Osten als eine unzuverlässige Quelle des Kohlenwasserstoffimportes vergegenwärtigt. Die Rolle des Nahen Ostens ist dann beträchtlich umgewertet worden, das Areal wurde definitiv zu den – im Hinblick auf die internationale Politik – instabilen Arealen gezählt.

Wirkung der Erdölkrise auf die Entwicklung der ost-westlichen Beziehungen: Zwangslage im Energiehandel und die Entspannung

Infolge der außenpolitischen Um- und Abwertung des Nahen Ostens hat die

Erdölkrise von 1973 in den Ländern Westeuropas die Erforderlichkeit der Diversifizierung von Energieimporten markant unterstrichen. Insofern die Sicherstellung der Energieversorgung ein primäres Interesse sämtlicher westlicher Wirtschaften wurde, insofern der Nahe Osten nach dem II. Weltkrieg dauerhaft ein politisch instabiles Areal wurde, und wenn die Abhängigkeit der europäischen Länder von Erdölimporten aus dem Nahen Osten auch eine strategische Abhängigkeit bewirkt hat, dann ist es offenbar, dass Westeuropa neue, alternative Importquellen brauchte.

Für den Kontinent war neben dem Nahen Osten das am leichtesten erreichbare, andere bedeutende Erdöl beziehungsweise Erdgas produzierende Gebiet die Sowjetunion. Darum hat die Krise von 1973 neue Möglichkeiten für den Kohlenwasserstoffhandel mit der Sowjetunion eröffnet: Während sich diese Konzeption nach der Suez-Krise von 1956 erst marginal angedeutet hatte, wurde sie nach 1973 bei den großen europäischen Energie verbrauchenden Ländern zu einer zentralen Frage. Zur Reduzierung ihrer Abhängigkeit vom Nahen Osten sollten sich die relevanten Industrieländer Europas für den aus der Sowjetunion stammenden Kohlenwasserstoffimport öffnen (Stent 1981).

Zu Beginn der 1970-er Jahre hat also ein neuer Abschnitt in der Geschichte der ost-westlichen energiebezogenen, wirtschaftlichen und politischen Verbindungen begonnen, deren internationale politischen Auswirkungen auch sofort wahrnehmbar wurden. Der dem kalten Krieg folgende Zeitabschnitt – die Phase der Entspannung – konnte bedeutende internationale Ergebnisse auf dem Gebiet der Diplomatie und der Waffenbegrenzung aufweisen. Diese äußerten sich etwa in lebhaften Abrüstungsverhandlungen, den SALT-Übereinkommen und später in der – im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) erfolgten – Unterzeichnung des Abschlussdokumentes von Helsinki von 1975.

Der Wunsch, die Spannungen des kalten Krieges abzubauen, war in der westlichen öffentlichen Meinung bereits am Ende der sechziger Jahre wahrnehmbar. Die Möglichkeit der Umwertung der ost-westlichen

Verbindungen kann aber eher auf die innere sowjetische Wirtschaftskrise und auf die europäischen energiepolitischen Interessen zurückgeführt werden, und nicht auf den Druck der öffentlichen Meinung, auf das nachhaltige Aufflammen der internationalen Friedensbewegung oder auf den Raumgewinn der demokratischen Werte in der Sowjetunion, und auch nicht auf das internationale politische Ziel der friedlichen Koexistenz.

Im Laufe des der Erdölkrise von 1973 folgenden Jahrzehnts hat sich das westliche Interesse an der Verbesserung und Entwicklung der ost-westlichen Beziehungen auf einer doppelten Motivation gegründet. Für die Länder Europas hat der sowjetische Kohlenwasserstoffexport zunächst in der Hinsicht der für die Energiesicherheit zu erreichenden Importdiversifikation Priorität erhalten (Beudell 1977). Der Anlauf des Handels hat aber für die amerikanische Diplomatie zudem die Möglichkeit geschaffen, die auf die Waffenbegrenzung zielenden Verhandlungen zu dynamisieren (Wolf/Leebaert 1977). Ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat sich das Ziel des Gewinnens eines politischen Vorsprungs zwischen den westeuropäischen Konzeptionen immer mehr angezeigt. Demgemäß konnte der fortschreitende Kohlenwasserstoffhandel zwischen Ost und West schließlich eine größere internationalen Rolle und stärkeren Einfluss Westeuropas bedeuten. So konnten also die mit der Sowjetunion hergestellten intensiveren Verbindungen auch eine Verstärkung der internationalen Positionen und des Prestiges von Westeuropa im bipolaren Rahmen (Swayer 1978) bewirken.

Wirkung der Erdölkrise auf die Entwicklung der west-westlichen Verbindungen: energiepolitische Spannung

Der nach der Erdölkrise von 1973 anwachsende europäisch-sowjetische Kohlenwasserstoffhandel hat sich auch im Bereich der amerikanisch-westeuropäischen, d.h. der „west-westlichen“ Verbindungen, ausgewirkt. Die Differenzen zwischen den USA und Westeuropa, vor allem in der nahöstlichen

als auch der Energiepolitik, haben sich in der von der Erdölpreisexplosion von 1973 hervorgerufenen Spannung zusammengeballt. Im Zuge dessen sollte sich der erste, wirkliche west-westliche Konflikt verschärfen.

Die von den Vereinigten Staaten im Februar 1974 einberufene internationale Energiekonferenz führte schließlich zur Aufhebung des bisher größten inneren Konfliktes der westlichen Vereinigung. Dabei waren die Teilnehmer damit einverstanden, dass im Bereich der Energiepolitik eine gemeinsame Annäherung – einschließlich der Entwicklung von einigen gemeinsamen politischen Zielen – benötigt werde, und legten sich auf eine Teilung der Energieversorgung in Notfällen fest. Zur Durchführung der gemeinsam angegebenen Ziele riefen sie die Internationale Energieagentur, die IEA, als eine Art „Gegenorganisation“ zur OPEC (der Vereinigung Erdöl exportierender Länder) ins Leben. Ihre Aufgabe war die Reduzierung und die Abwehr des Drucks der Energieexporteure sowie der Schutz der Energieimporteure.

Trotz dieser gemeinsamen Erfolge war aber unterschwellig auch eine abweichende politische Bewertung der Krise von 1973 wahrnehmbar, als deren Folge längerfristig die Divergierung der westlichen Energiepolitik stand: Die großen Erdölimporteure und Erdgasverbraucher Westeuropas waren nun eindeutig interessiert an dem Ankurbeln der Energieimporte aus dem östlichen, dem RGW-Raum (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe), vor allem aus der Sowjetunion.. Da die Vereinigten Staaten den sowjetischen Kohlenwasserstoffexport als eine strategische Bedrohung gegen den Westen wahrnahmen, behandelten sie die Frage der Energiesicherheit auch weiterhin zunächst als eine strategische Frage der Konfrontation im Geiste des kalten Krieges.

Westeuropas Interesse an der Verstärkung der ost-westlichen Verbindungen war nach 1973 zuallererst in energiewirtschaftlich-energiesicherheitlicher Hinsicht eindeutig. Der in den achtziger Jahre steigende sowjetische Kohlenwasserstoffexport eröffnete die Möglichkeit dafür, dass Westeuropa in einem strategischen Bereich seinen nach dem II. Weltkrieg erlittenen

internationalen Bedeutungsverlust gegenüber den Vereinigten Staaten tatsächlich reduzieren konnte. Die im Laufe der siebziger Jahre begonnene internationale Entspannung gewährte Europa die Chance, seine eigenen, typisch energiewirtschaftlichen Interessen selbstständig und souverän geltend machen zu können.

In den achtziger Jahren konnte das mit dem ost-westlichen Handel zusammenhängende wirtschaftliche und politische Vorgehen der drei westlichen Zentren – der Vereinigten Staaten, Europas und Japans – nicht mehr als die Verhaltensweise des einheitlichen „westlichen“ Blocks gesehen werden. Während die Außenwirtschaftspolitik früher eher der Außenpolitik gefolgt war, hat sich die Bedeutung einer selbstständigen (der Außenpolitik nicht direkt unterordneten) außenwirtschaftlichen Strategie erhöht.

Die großen westeuropäischen, Energie verbrauchenden Länder sind an dem ost-westlichen Kohlenwasserstoffhandel wirtschaftlich interessiert geblieben. Oder anders gesagt: Europas wirtschaftliche Abhängigkeit von den sowjetischen Kohlenwasserstoffimporten wurde binnen sehr kurzer Zeit wichtiger als die strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten. In einer strategischen Lesart bedeutet dies, dass die sowjetische Konzeption vorläufig gewonnen zu haben schien, mit der Europa von ihren Kohlenwasserstoff-Vorräten abhängig gemacht werden sollte, und zwar vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Befürchtungen. Aus den Ereignissen der siebziger Jahre kann auch die Folgerung gezogen werden, dass die europäischen Länder die Priorität nicht mehr in der schnellstmöglichen Auflösung des Warschauer Paktes sahen, sondern in einer sicheren Kohlenwasserstoffversorgung ihrer eigenen Wirtschaft; d.h., sie haben sich aus wirtschaftlichen Interessen heraus für das Beibehalten der „Entspannungsvariante“ des kalten Krieges entschieden.

Dabei war das westeuropäisch-sowjetische Erdgasgeschäft das wichtigste und konkretste Beispiel des west-westlichen energiepolitischen Konfliktes. Die betroffenen Regierungen in Westeuropa haben in dem Geschäft zunächst die Sicherstellung der Kohlenwasserstoffversorgung ihrer eigenen Wirtschaft

gesehen. Die immer größeren Mengen des in die westeuropäischen Länder gelieferten sowjetischen Erdgas bedeuteten aber für die Analytiker und politischen Entscheidungsträger die potenzielle Verstärkung des sowjetischen Einflusses, womit sich der Westen im Hinblick auf die Energiesicherheit und dadurch auch die Sicherheitspolitik höheren Gefahren aussetzte. Aus Sicht der USA erhöhte Westeuropas verstärkte Abhängigkeit vom sowjetischen Erdgas jedoch die Versorgungsunsicherheit und stellte einen strategischen Nachteil dar (Stern 1984).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die vom ursprünglichen Weg der Realpolitik abweichenden außenpolitischen Schritte in Westeuropa von der Befürchtung einer erschütterten Versorgungssicherheit geleitet wurden. Indem sie ihre Ressourcen – die Energierohstoffe – strategisch nutzte, konnte die Sowjetunion auch die west-westliche Außenpolitik beeinflussen. Im Zeitraum der Erdölkrise und auch in der darauf folgenden Periode sind also die Befürchtungen um die Versorgungssicherheit der eigentliche Drehbuchverfasser der Außenpolitik geworden.

Literaturverzeichnis

- Beudell, Martin 1977: *European Community. A flexible strategy for energy*. The Petroleum Economist: Reed Elsevier.
- Wolf, Charles Jr./Derek Leebaert 1977: *Trade Liberalization as a Path to Weapons Standardizations in NATO*. *International Security*, 1977/78.
- Lieber, Robert J. 1976: *Oil and the Middle East War. Europe in the Energy Crisis*, Cambridge: Harvard Center for International Affairs.
- Kaposi, Zoltán 2004: *Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Budapest-Pécs: Dialóg Campus.
- Kádár, Béla 1983: *Bewertung der wirtschaftlichen Rolle der Naturkraftquellen*, in: *Ökonomische Revue*, 1983/9 (*Közgazdasági Szemle* 1983/9), S. 115-129.
- Levy, Walter 1982: *Oil Strategy and Politics, 1941-1981*, Boulder: Westview Press.
- Lumsden, Andrew 1978: *Reduced OPEC role in 1977 oil output*. The Petroleum Economist: Reed Elsevier.
- Stent, Angela 1981: *From Embargo to Ostpolitik. The Political Economy of Soviet-West German Relations 1955-1980*. New York : Cambridge UP.
- Stern, Jonathan P. 1984: *International Gas Trade in Exporting and Importing Countries*, London: Heinemann.
- Swayer, Herbert L. 1978: *The Soviet Energy Sector. Problems and Prospects. The USSR in the 1980s*, Brussels: NATO Directorate of Economic Affairs.
- Szurovy, Géza 1993: *A kőolaj regénye*, Budapest: Hírlapkiadó Vállalat.

Herausgeber:
Jean Monnet e.V.
Budapest – Berlin